



Protokoll der 12. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Oktober 2025, 17:00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jacques Heller (SP), Richard Gafner (FDP), Séverine Salathe (SP) und Tobias Tanner (SVP)

Abwesend: -

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 24.09.2025 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 24. September 2025 wird einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahlen in die Kommissionen GPK und SBK <i>://: Gemäss Vorschlag der Fraktionen werden mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt:</i> <ul style="list-style-type: none">• <i>Geschäftsprüfungskommission (GPK): Britt Oliver (GL) anstelle von Baumgartner Vreni (GL) als GPK-Ersatzmitglied</i>• <i>Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK): Britt Oliver (GL) anstelle von Baumgartner Vreni (GL) als SBK-Mitglied Brönnimann Natascha (SP) anstelle von Heller Jacques (SP) als SBK-Ersatzmitglied</i>	2025-65
3. Veloverkehr – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) zum stadträtlichen Bericht «Konzept Veloverkehr» <i>://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis von der stadträtlichen Beantwortung des Postulates Nr. 2020-34. ://: Das Postulat Nr. 2024-34 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i>	2020-34 2020-34a 2020-34b
4. Gewässerraum-Ausscheidung – Mutation Nutzungsplanung «Aus-scheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Einwohnerrats-sitzung vom 26. November 2025 nochmals beraten.</i>	2025-49 2025-49a

- | | | |
|-----|--|---------------------|
| 5. | Pilotversuch «Fraktionspräsidentenkonferenz plus» (FRPK+) – Wahl von FRPK+ und Beauftragung derselben für die Vorberatung des Entwicklungs- und Finanzplanes 2026-2030
<i>://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Pilotversuch «Fraktionspräsidentenkonferenz plus» beziehungsweise die Bildung einer Arbeitsgruppe FRPK+ wegen der fehlenden 2/3 Mehrheit abgelehnt.</i> | 2025-62 |
| 6. | Spitalstrasse – Kreditvorlage für die Strassensanierung, den Ersatz der Wasserleitung und die Sanierung der Kanalisation
<i>://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-67 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2025-67 |
| 7. | Industriestrasse - Kreditvorlage für den Ersatz der Wasserleitung und die Kalibervergrösserung der Kanalisation
<i>://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-68 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2025-68 |
| 8. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 13 Fragen und 1 Zusatzfrage beantwortet.</i> | |
| 9. | Plastikverpackungen-Kreislauf – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
<i>://: Der Einwohnerrat nimmt die stadträtliche Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2024-26 einstimmig zur Kenntnis.
://: Mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wird das Postulat Nr. 2024-26 als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2024-26
2024-26a |
| 10. | Elterntaxis – Postulat «Elterntaxis belagern die Schulhäuser» von Benjamin Erni der GLP/EVP-Fraktion
<i>://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2025-53 an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2025-54 |
| 11. | Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze – Postulat «Reduktion des Raumbedarfs durch flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion
<i>://: Mit 16 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen bzw. mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird das Postulat Nr. 2025-55 an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2025-55 |
| 12. | Schwieri-Passerelle – Postulat «Signalisation Schwieri-Passerelle als Fussweg mit Zusatz "Velos gestatten"» von Anita Baumgartner und Andreas Sutter der Grünen Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Yves Jenni der GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-56 |
| 13. | Kunst an der Wand – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kunst an der Wand» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Benjamin Erni und Vreni Wunderlin der CVP/GLP/EVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-82
2021-82a |

14. Natur im Siedlungsraum – Interpellation betreffend Infoanlässe «Natur im Siedlungsraum» von Andreas Sutter der Grünen Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2025-59
15. Kommunikation – Postulat «Kommunikation der Stadtverwaltung» Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser und Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2025-60
16. Begegnungszonen-Strassenoberflächen – Postulat «Farbliche Gestaltung der Strassenoberflächen in Begegnungszonen» von Jonas Bischofberger und Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Matthias Hollinger der Grünen Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2025-66

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder, die Medienvertretenden sowie Gäste zur heutigen Sitzung.
Die Namen der entschuldigten Ratsmitglieder werden verlesen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert über folgende Punkte:

- Am letzten Wochenende ist an der Urne Thomas Eugster (FDP) anstelle von Stadtrat Daniel Muri mit Wirkung ab 1. Januar 2026 als neues Stadtratsmitglied gewählt worden. Er gratuliert dem Ratskollegen zur Wahl und wünscht ihm bereits an dieser Stelle als neues Exekutivmitglied viel Glück und Erfolg.
- Die Geschäftsprüfungskommission trifft sich in der Pause zu einer kurzen GPK-Sitzung hier vorne beim Ratspräsidium. Es betrifft dies die GPK-Mitglieder Jurt Daniel (SVP, Präsident), Sutter Andreas (GL, Vizepräsident), Fraefel Stefan (FDP/Mitte), Grieder Thomas (SP, Ersatzmitglied), Holinger Lorenz (SVP) und Mägli Patrick (SP).
- Das von Einwohnerrätin Sonja Niederhauser (EVP) eingegangene Rücktrittsschreiben vom 26. Oktober 2025 wird verlesen:

*Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, lieber Philipp
Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, lieber Marcel*

Vor über 10 Jahren konnte ich in den Einwohnerrat nachrücken und habe in der Zwischenzeit viele Vorstösse gelesen, diskutiert und auch meine Meinung eingebracht.

Anfang des Jahres habe ich mich entschieden, ein Teilzeitstudium aufzunehmen – neben Arbeit, Familie und politischem Engagement. Nun zeigt es sich, dass die Kombination nicht ganz so einfach ist und ich habe mich deshalb entschieden, den Einwohnerrat zu verlassen. Gut möglich, dass es kein Abschied für immer ist. Politik und vor allem unsere Schweizer Demokratie liegen mir am Herzen und werden mich auch in der Zwischenzeit nicht loslassen.

Als besondere Zeit im Einwohnerrat bleibt mir die Präsidiumszeit in Erinnerung. In meiner Antrittsrede habe ich euch Folgendes mitgegeben: «Als gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter ist es eure Aufgabe, die verschiedenen Meinungen unserer Bevölkerung in die Debatten einzubringen. Dass wir dabei unterschiedlicher Meinung sind, gehört zur Natur der Sache. Dabei ist es mir persönlich wichtig, dass wir uns gegenseitig mit Respekt behandeln und fair miteinander umgehen.»

Aus meiner Sicht ist das ein besonderes Merkmal der Liestaler Politik und ich bin überzeugt, dass wir mit gegenseitiger Achtung deutlich weiterkommen, als mit verhärteten Fronten. Bitte pflegt diese Kultur auch weiterhin.

Ich wünsche euch als Einwohnerrat und Stadtrat gute Zusammenarbeit, den nötigen Mut und viel Weisheit.

*Herzliche Grüsse und vielen Dank
Sonja Niederhauser*

Somit wird die zurücktretende Ratskollegin Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion an der heutigen Sitzung letztmals in der laufenden Amtsperiode präsent sein. Ihr wird deshalb bereits an dieser Stelle der beste Dank für die geleistete Arbeit zu Gunsten der Öffentlichkeit ausgesprochen und für die private und auch berufliche Zukunft alles Gute gewünscht.

- An der heutigen Ratssitzung hätte eigentlich ein letztes Mal Jacques Heller (SP) dabei sein sollen, doch musste er sich gestern aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen lassen. Präsident Philipp Franke (GL) dankt ihm an dieser Stelle für die geleisteten Arbeiten im Dienst der Öffentlichkeit und wünscht ihm für den dritten Lebensabschnitt alles Gute.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die Sitzung dauert bis ca. 20:00 Uhr und wird um ca. 18:30 Uhr durch eine kurze Pause unterbrochen. Im Anschluss an die Pause findet die «Fragestunde» statt, welche von Vizepräsident Lukas Heinzelmann (SVP) geleitet wird.
- An der heutigen Ratssitzung dürfen Oliver Britt (GL), Thomas Grieder (SP) und Daniel Schwörer (FDP) begrüsst werden, welche von ihren Fraktionen kurz vorgestellt werden.

Anita Baumgartner (GL) stellt Oliver Britt (GL) vor: Ich bin überzeugt, einige von euch kennen ihn auch schon von seiner früheren Tätigkeit bei der Stadt Liestal. Oliver Britt ist ausgebildeter Jurist, hat einen CAS im Sozialversicherungsrecht und arbeitet aktuell als Berufsbeistand in Münchenstein. Er ist in Liestal und Lausen aufgewachsen und sagt von sich, dass er einen breiten Freundes- und Bekanntenkreis in Liestal habe. Hervorheben möchte ich vor allem sein Engagement im Projekt Fraumatt Legions, das wahrscheinlich auch dem einen oder anderen bekannt sein dürfte. Das ist ein Verein, der sich sehr stark macht für die Jugendarbeit im Fraumatt-Quartier, der mit den Jugendlichen dort Football spielt, der das Patronat für den Jugendraum hat und ich finde, dass er eine super Arbeit leistet. Und wenn er sich nicht beruflich betätigt oder mit den Legions aktiv ist, dann zählt er auch noch Skifahren, Wandern und kreative Hobbys wie Zeichnen und Malen zu seinen Freizeitaktivitäten. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine neue Verstärkung in unserer Fraktion.

Anja Weyeneth (SP) stellt Einwohnerrat Thomas Grieder (SP) vor: Geboren ist er im Jahr 1973 hier in Liestal und hat 12 Jahre lang in den Knoll-Blöcken gelebt. Dann ist er ein bisschen weggezogen. Er hat aber in seiner Jugend trotzdem sein soziales Zentrum hier in Liestal gehabt und hat auch sämtliche Schulen hier in Liestal absolviert bis zur Matur. Nach dem Abschluss an der ETH in Zürich ist er weiter weggezogen und ist 2019 wieder zurück nach Liestal gekommen. Seit 20 Jahren arbeitet er als Projektleiter beim Tiefbauamt Basel-Stadt und betreut dort Strassen- und Infrastrukturprojekte. Das kommt unserer Stadt auch zu gut. Seit 3 Jahren ist er am internen Prozessmanagement dabei. Seit 1994 ist er Mitglied der SP und neben Vorstandsmitgliedschaften in Lausen und Binningen hat er in Bubendorf als Mitglied der Gemeindegemeinschaft jahrelang als Präsident der GPK geamtet. Politisch ist ihm die soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsgerechte Investitionspolitik wichtig. Erstmals in seiner Kindheit ist er schon am Banntag dabei gewesen und ist noch heute in der 4. Rotte dabei. Ausserdem trägt er an der Fasnacht bereits seit 15 Jahren einen Chienbäsen. Und wenn ihm die Zeit jetzt noch reicht nach der politischen Arbeit, dann trifft man ihn im Joggeli an oder einmal an einem Flipper-Turnier oder wenn du mit dem Zug unterwegs bist in der Schweiz. Also willkommen hier, wir wissen jetzt alle ganz viel von dir, was die anderen alles machen, das wirst du vielleicht im Laufe der nächsten Jahre erfahren. Also willkommen und wir freuen uns auf dich.

Stefan Fraefel (FDP/Mitte) stellt Einwohnerrat Daniel Schwörer (FDP) vor: Einige haben vielleicht ein kleines déjà-vu, denn er ist schon einmal im Einwohnerrat gewesen. Er war 5 Jahre lang im Einwohnerrat, hat dann letztes Jahr eine Pause eingelegt und dann aber die Gelegenheit genutzt, um wieder zurückzukommen. Dementsprechend muss ich nicht gross Worte verlieren. Er ist Jurist im Unruhestand, wie er sich gerne bezeichnet. Er arbeitet zudem gerne im Garten und ist Gitarrist in einer Band. Auch in dieser kurzen Zeit ohne Einwohnerrat hat er, glaube ich, schon unter Beweis gestellt, dass man politisch auch einflussreich sein kann ohne Einwohnerratstätigkeit.

Neue persönliche Vorstösse

Es sind keine neuen Vorstösse eingereicht worden.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler weist darauf hin, dass der Schwieri-Steg eröffnet werden konnte. Das freut die Stadt entsprechend deswegen natürlich sehr, weil man den jetzt sauber nutzen kann und möglicherweise so nun noch schneller am Bahnhof ist. Eine weitere Meldung aus dem Verkehr: Ihr habt es vielleicht schon festgestellt, wir haben neu auch das Angebot von Pick-e-Bike in Liestal. Dieses wird von einer Tochtergesellschaft der BLT betrieben und wir haben damit ein weiteres Angebot, um nachhaltig mobil in Liestal und darüber hinaus unterwegs sein zu können. Spontan ist mir noch in den Sinn gekommen, dass der Laternenweg jetzt vom Zentrumsmanagement eingerichtet wird, wo ganz viele Primarschülerinnen und Primarschüler mitgearbeitet haben, um unser Städtchen mit Laternen in eine Adventsstimmung zu versetzen und Licht ins Dunkle zu bringen. Die Laternen werden Anfang November eingeschaltet und hängen auch über die Weihnachtszeit hinaus.

Stadträtin Pascale Meschberger macht auf die Fertigstellung der Rettungswache im Altmarkt aufmerksam. Unsere Feuerwehr wird am 15. November 2025 umziehen und nicht nur die Feuerwehr, auch der Bürositz des Zivilschutzes und der Sanität wird gleichzeitig einziehen. Das könnt ihr alle beobachten, denn sie werden nämlich durch die Rathaustrasse fahren. Um 11 Uhr werden alle eingeladen zu schauen, wie die Sanität, der Zivilschutz und die Feuerwehr umziehen. Ich würde mich freuen, wenn ihr dabei sein würdet.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert betreffend dem Fachreferat im Stadtsaal zum Thema Natur im Siedlungsraum vom 10. November 2025. Wie wir alle wissen, haben wir wenig Natur im Siedlungsraum, welche die Stadt bewirtschaftet. Es geht darum, die Leute, die grosse Siedlungsflächen haben im Stadtgebiet und auch im eingezonten Gebiet zu motivieren, auch nach ökologischen Kriterien den Siedlungsraum zu bewirtschaften. Es sind bis jetzt 19 Leute angemeldet. Ich kann euch sagen, dass einige Mitarbeitende der Stadt Liestal, die nicht zu den Grünflächen gehören und eigene Kurse haben, welche sie besuchen, auch angemeldet sind und vielleicht ist noch der eine oder die andere vom Einwohnerrat auch dafür zu begeistern, am 10. November 2025 dazuzustossen. Dann noch eine andere Mitteilung. Die Sichterschwelle in der Begegnungszone Sichern ist, wie wir das versprochen haben, angepasst worden. Sobald die Witterung es erlaubt, allenfalls diese oder die nächste Woche, werden auch die Farbtupfer, welche die bevorzugte Fussgängerfläche noch deutlicher markieren und absichern, angebracht werden.

Stadtrat Daniel Muri betreffend die Baumfällung Villa Holderstöckliweg: Dort hat die Rodung vor dem vereinbarten Termin und vor der gemeinsamen Begehung stattgefunden. Das ist sehr bedauerlich und lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Wir haben dann natürlich sofort auch abgeklärt, wie dies unser Jurist beurteilt. Ich zitiere: „Die Entfernung des Baumbestandes auf dem Grundstück erfolgte ohne vorgängige behördliche Bewilligung. Eine solche war, soweit ersichtlich, nach aktuellem kommunalen Recht nicht erforderlich, da der Baumbestand weder kommunal noch kantonal im Sinne des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz formell unter Schutz gestellt oder zonenrechtlich ausgeschieden wurde. Aus formaler Sicht war die Rodung daher zulässig.“

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. Oktober 2025 einstimmig beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 24.09.2025

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und das Büro somit die Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls beantragt. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 24. September 2025 wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahlen in Kommissionen GPK und SBK (Nr. 2025-65)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Von der SP-Fraktion ist noch ein Änderungsantrag eingegangen: Die neue Ratskollegin Natascha Brönnimann (SP) ist bei der Stadt Liestal angestellt und kann deswegen nicht in der GPK eingesetzt werden, da dies gemäss § 9 des Gemeindegesetzes betreffend der «Unvereinbarkeit» nicht möglich ist.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Einwohnerrat keine Wortbegehren angemeldet werden und sich dieser damit einverstanden erklären kann, dass die nominierten Ratsmitglieder offen und gesamthaft gewählt werden können.

://: Gemäss Vorschlag der Fraktionen werden mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt:

- **Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

Britt Oliver (GL) anstelle von Baumgartner Vreni (GL) als GPK-Ersatzmitglied

- **Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**

Britt Oliver (GL) anstelle von Baumgartner Vreni (GL) als SBK-Mitglied

Brönnimann Natascha (SP) anstelle von Heller Jacques (SP) als SBK-Ersatzmitglied

3. Veloverkehr – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) zum stadträtlichen Bericht «Konzept Veloverkehr» (Nr. 2020-34)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Peter Bürgin (FDP) stellt als Kommissionspräsident der Bau- und Planungskommission (BPK) den BPK-Bericht zum Geschäft gemäss Vorlage Nr. 2020-34b vor: Die Vorlage ist eigentlich ein BPK-eigenes Postulat als Ergänzung zum Parkraumkonzept 2020. Die Antwort des Stadtrates liegt vor und ist von der BPK behandelt worden. An dieser Stelle auch besten Dank an den Stadtrat für die umfassende Beantwortung. Es gibt 3 Instrumente, wie die Velowege in Liestal geplant werden. Erstens ist das der Strassennetzplan aus dem Jahr 2017. Dann haben wir den Kantonalplan der Veloroute und schliesslich haben wir noch bezüglich Velovorzugs- und Veloschnellrouten des Kantons erste Überlegungen, die vorhanden, aber noch nicht umgesetzt sind. Die BPK ist mit der Einschätzung des Stadtrates in der Hinsicht einig, dass in den letzten Jahren schon viel gemacht und investiert worden ist. Im Speziellen sind hier natürlich die Velostationen, der Orissteg, der Sichtersteg und die Erstellung einer grossen Anzahl von Veloparkplätzen erwähnt. Bezüglich des Veloverkehrs ist jedoch immer noch Luft nach oben. Aufgrund der Finanzen müssen aber auch hier Prioritäten gesetzt werden. Vor allem aber muss der Kanton in die Pflicht genommen werden, dass die Verbesserung der Sicherheit des Veloverkehrs umgesetzt wird. Es kann festgehalten werden, dass vor allem auf den Kantonsstrassen Risikopotenzial für die Velofahrenden besteht. Konkret besteht der Nachholbedarf in der Kasernenstrasse und in der Rheinstrasse. Für die Kasernenstrasse besteht im Kanton schon längere Zeit ein Konzept und das müsste eigentlich nur noch umgesetzt werden. Mit der gestiegenen Zweiradmobilität wird der Platz auf den Strassen immer enger und somit bleibt vielerorts zur Risikominderung nur noch die Umsetzung auf Tempo 30, was beim Kanton auch schon angestossen wurde. Die Stadt Liestal hat im Jahr 2009 bezüglich Veloverkehr eine Schwachstellenliste erstellt, die dann im Jahr 2012 nochmals überarbeitet worden ist. Nach Aussagen der Verwaltung betreffen alle offenen Schwachstellen Kantonsstrassen. Die Rathausstrasse ist als Begegnungszone ausgeschildert und somit haben die Fussgänger in diesem Bereich Vortritt. Seit Juli 2025 ist neu, dass in der Begegnungszone auch das Velofahren erlaubt ist. Das Nebeneinander wäre eigentlich kein Problem, wenn die Velofahrer, ob jetzt mit oder ohne Elektrounterstützung, sowie auch E-Trotinette und E-Scooter die Situation entsprechend einschätzen und sich anpassen würden. Nur mit einem rücksichtsvollen Miteinander kann die Situation nachhaltig verbessert werden. Die Sensibilität fehlt aber in doch vielen Fällen und führt zu gefährlichen Situationen, vor allem wenn Kinder unterwegs sind. Die Organisation „Pro Velo beider Basel“ haben wir auch an die Sitzung eingeladen zu einer Stellungnahme. Auch Pro Velo beider Basel bestätigt, dass in den letzten Jahren viel für den Veloverkehr gemacht worden ist. Aber auch Pro Velo beider Basel macht darauf aufmerksam, dass vor allem bei den Kantonstrassen wie der Gitterli-Kreuzung, der Kasernenstrasse und der Rheinstrasse nach wie vor gefährliche Stellen vorhanden sind. Pro Velo beider Basel ist sich bewusst, dass teilweise rücksichtslos Velo gefahren wird. Die Sensibilisierung der Velofahrenden ist wichtig und soll mit entsprechenden Aktionen im Jahr 2026 unterstützt werden. Nach dem Gesagten empfiehlt die BPK dem Stadtrat zukünftig folgenden Aufgaben konsequent zu bearbeiten: 1) Problemzonen müssen gelöst werden. 2) Die Schwachstellenliste soll überarbeitet und entsprechende Schlüsse gezogen werden. 3) Die Stadt soll konsequent und immer wieder proaktiv auf den Kanton zugehen. 4) Die kritischen Verkehrsknotenpunkte müssen gegenüber dem Kanton klar benannt und aufgelistet sein, damit regelmässig Stellung bezogen werden kann. 5) Eine Überprüfung soll stattfinden, wo Parkplätze für Kleinfahrzeuge in Veloparkplätze umgewandelt werden könnten. Nun zur Würdigung. Ganz generell ist das Velonetz auf den Gemeindestrassen gut ausgebaut. Von der Verwaltung ist auch gut dargelegt worden, dass der Netzgedanke wichtig und immer im Hinterkopf ist. Jeder Ort im Siedlungsgebiet Liestal soll mit dem Velo erreichbar sein. Die Diskussion hat sich daher vor allem auf die Sicherheit auf den Kantonsstrassen konzentriert. Jedoch ist sich natürlich die BPK bewusst, dass der Handlungsspielraum gegenüber dem Kanton nur begrenzt ist. Dem Kanton

muss aber immer wieder bewusst gemacht werden, dass vor allem im Bereich Hallenbad, Musikschule und Frenkschulhaus, wo viele Kinder und Jugendliche unterwegs sind, noch Handlungsbedarf besteht. Die BPK beantragt im Einwohnerrat einstimmig den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Matthias Holinger (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass unbestritten in den letzten Jahren viel gegangen ist in Sachen Veloverkehr. Zuletzt ist der soeben eröffnete Schwieristeg zum guten Velonetz dazugekommen. Aber wie fast überall gibt es immer noch Luft nach oben. Da wäre es schön gewesen, wenn der stadträtliche Bericht zum Postulat Velokonzept deutlicher aufgezeigt hätte, in welche Richtung die Entwicklung des Liestaler-Velonetzes gehen könnte. Es ist klar, dass dabei sehr vieles vom Kanton abhängig ist. So liegen die für die Velofahrenden gefährlichen Stellen zum grössten Teil auf Kantonsstrassen. Auch die Planung der Velovorzüge und Haupttrouten liegen in kantonaler Hand. Trotzdem würde man sich wünschen, dass von Seite der Stadt grösstmöglicher Einfluss auf eine für Liestal optimale Velonetzplanung genommen wird. Die Aktualisierung der Schwachstellenliste wäre sicher ein gutes Mittel dazu. Wir sind für die Kenntnisnahme und die Abschreibung, werden aber die von der BPK aufgelisteten Punkte gut im Auge behalten.

Peter Küng (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass seine Fraktion die Einschätzungen des Stadtrates zur Situation für Velofahrerinnen und Velofahrer in Liestal grundsätzlich unterstützt. Insbesondere die Verbesserungen, die mit der Neugestaltung des Bahnhofs entstanden sind, sind sehr gut geworden und sind für uns sehr wichtig. Die darf man einfach nicht zu schnell vergessen. Die Kantonsstrassen sind leider immer noch ein grosser Schwachpunkt im Liestaler Velonetz. Darum unterstützen wir auch die Empfehlung der BPK sehr, dass konsequent und proaktiv auf den Kanton zugegangen wird. Bei der Rathausstrasse hoffen wir natürlich, dass das rücksichtsvolle Miteinander gefördert wird und dass die ganze E-Mobilität, die aus unserer Sicht auch ein bisschen eine Schwierigkeit ist, geregelt wird. Zum Schluss möchte ich noch etwas persönlich sagen. Vor allem beim Kanton wäre es doch schön, wenn bei der Planung von Strassen zukünftig Velo- und der Langsamverkehr viel stärker berücksichtigt werden würde. Manchmal habe ich ein bisschen das Gefühl, die Strassen werden dort immer noch wie im letzten Jahrhundert geplant. Stichwörter wie Veloverkehr, Langsamverkehr, neue Mobilität, Schwammstadt oder Bäume kommen, glaube ich, in dem Vokabular noch nicht wirklich richtig vor. Dies lediglich als persönliche Bemerkung. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge und Empfehlungen der BPK.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP-Fraktion das Postulat als erfüllt abschreibt. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für diese Arbeit und für diesen Bericht. Auch die BPK hat sich der Meinung des Stadtrates angeschlossen. Was mich in der Sitzung etwas negativ gestimmt hat, waren die Leute des Vereins Pro Velo beider Basel. Sie haben den Bericht nicht gekannt und haben lediglich ausgeführt, wie schlecht die Stadt Liestal dies mache. Der Stadtrat musste ihnen dann einmal sagen, dass die Stadt im Bereich des Bahnhofs einiges getan und dafür viel Geld ausgegeben hat. Erst daraufhin haben sie festgestellt, dass die Stadt Liestal doch einiges macht. Für mich haben diese Leute so einen schlechten Eindruck hinterlassen. Sonst bin ich positiv eingestellt und es gibt immer noch Sachen, die man machen kann. Ich bin überzeugt, dass der Stadtrat dranbleibt.

Werner Fischer (FDP) hält als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass die Wunschliste selbstverständlich nach oben immer noch offen ist und Wünsche angebracht werden können. Aber ich glaube, manchmal darf man auch schon einmal dankbar sein, was alles schon gegangen ist und was man alles schon bekommen hat als Velofahrer in dieser schönen Stadt Liestal. Der Brennpunkt Rathausstrasse ist vor allem auch ein Brennpunkt, weil der Kreativität der Menschen keine Grenze gesetzt ist und es immer mehr Fortbewegungsmittel gibt. Hier hat es vielmehr auch ein bisschen eine Lücke im Gesetz, um diese genau zu regeln. Ich bin aber überzeugt, dass wir bei einem guten Zusammen eine gute Lösung finden werden. Ich bin nicht gerade ein Fan von Bussen. Nur ein gutes Miteinander gibt auch eine gute Situation in dieser schönen Rathausstrasse. Die FDP/Mitte-Fraktion unterstützt die beiden Anträge.

Sonja Niederhauser (EVP) orientiert als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass auch sie für die Kenntnisnahme und das Abschreiben des Postulates sind. Ich hätte eigentlich fast das Gleiche sagen wollen wie Matthias Holinger (GL) zu Beginn, weswegen ich es jetzt nicht mehr wiederhole. Ich möchte aber noch kurz auf das Votum von Werner Fischer (FDP) zu sprechen kommen. Selbstverständlich sind wir dankbar für alles, was schon gemacht worden ist. Trotzdem ist unsere Fraktion ein bisschen enttäuscht gewesen vom Bericht des Stadtrates. Dies, weil er sich sehr stark auf das Städtchen fokussiert hat und wir gerne einen Gesamtüberblick gehabt hätten. Herauskrystallisiert hat sich die Wichtigkeit der Schwachstellenanalyse. Diese soll auch in Zukunft wichtig sein. Dies nicht, um irgendjemandem zu sagen, dass der Job unzureichend erledigt wurde, sondern um wirklich darauf hinweisen zu können, wo Handlungsbedarf besteht. Wir wissen, dass die Stadt selbst wenig machen kann, weil das meist auf der Kantonstrasse liegt. Hier gilt es aber, wie auch bereits erwähnt wurde, dranzubleiben. Ich glaube, das ist wichtig, das ist wertvoll und in dem Sinn freuen wir uns auf das, was noch kommen wird.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) möchte wieder in Erinnerung rufen, dass Kommissionssitzungen grundsätzlich vertraulich sind. Übt euch bitte in Zurückhaltung mit direkten Zitaten aus den Kommissionssitzungen.

Er stellt fest, dass sich keine Einzelsprecher zu Wort melden.

Stadtrat Daniel Muri möchte sich bei der BPK für das interessante Gespräch und den Austausch bedanken. Wohin diese Reise mit dem Kanton führen wird, ist leider etwas wie Kaffeesatzlesen. Es bestehen Visionen und Wünsche, aber es benötigt auch den Willen des Kantons. Schön finde ich, dass doch auch 2 - 3 Mal erwähnt worden ist, dass wir mehrere Millionen in die Stege und in die Velostation investiert haben. Das gibt eigentlich ein Schulhaus und das darf man nicht vergessen. Wir freuen uns jetzt über das, was wir haben und machen Schritt für Schritt weiter. Ich glaube, die neue Zusammensetzung des Stadtrates wird auch dranbleiben.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis von der stadträtlichen Beantwortung des Postulates Nr. 2020-34.

://: Das Postulat Nr. 2020-34 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

4. Gewässerraum-Ausscheidung – Mutation Nutzungsplanung «Ausscheidung Gewässerraum im Siedlungsgebiet»: Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung (Nr. 2025-49)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dieses Geschäft ist gemäss § 79 des ER-Geschäftsreglements 2-fach zu beraten. Nach der heutigen 1. Lesung wird das Geschäft an der nächsten Sitzung vom 26. November 2025 in einer 2. Lesung nochmals beraten. Im Anschluss wird über die Anträge abgestimmt.

Peter Bürgin (FDP) stellt als Kommissionspräsident der Bau- und Planungskommission (BPK) den BPK-Bericht zum Geschäft gemäss Vorlage Nr. 2025-49a vor: Seit 2011 gelten in der Schweiz neue gesetzliche Bestimmungen zum Gewässerschutz, zur Steigerung der Biodiversität, zum Hochwasserschutz, zur Trinkwasserversorgung und zur Naherholung. Grundsätzlich legt der Kanton den Raumbedarf für die oberirdischen Gewässer fest. Der Kanton hat das jetzt an die Stadt delegiert. Der Bund hat aber Vorgaben festgelegt. Zuerst einmal die Definition: Die Gewässerraumbreite wird anhand der natürlichen Gerinnesohlenbreite festgelegt. Zudem bestehen Vorschriften über die Gestaltung und die Bewirtschaftung im Gewässerraum. Seit 2011 gelten Übergangsbestimmungen, wobei der Gewässerraum nun nach Bundesbestimmungen in der Regel grösser sein muss als nach den vorher geltenden kommunalen Vorgaben. Als Folge sind dann die betroffenen Bauvorhaben darauf abgestimmt worden. Die Vorgaben des Kantons sind zudem erst 2019 rechtskräftig geworden, die erweiterte Baubestandesgarantie wurde sogar erst 2020 rechtskräftig beschlossen. Für sämtliche Fliessgewässer im Siedlungsgebiet der Stadt Liestal sind umfassende Interessensabwägungen vorgenommen worden. Seit dem Entscheid des Bundes im Jahr 2011 und der rechtskräftigen Vorgabe des Kantons hat natürlich ein langwieriger Planungsverlauf mit vielen Schritten durchlaufen werden müssen. Die folgenden Schritte stehen noch bevor: Die Genehmigung der Mutation durch den Einwohnerrat mit einer Referendumsfrist von 30 Tagen, eine öffentliche Planaufgabe von 30 Tagen und dann die Genehmigung durch den Regierungsrat. Für mehrere Quartierpläne sind die Gewässerräume schon ausgeschieden und für weitere sind die Festlegungen noch in Arbeit. Grundsätzlich gilt, dass bei grösserer Bautätigkeit im Bereich von eingedolten Gewässern diese eigentlich ausgedolt werden müssten. Wir haben hier auch ein paar Spezialfälle, wo das genau festgelegt worden ist. Der erste ist der Rösernbach. Beim Rösernbach ist im Bereich der eingedolten Passagen auf die Festlegung von Gewässerraum verzichtet worden, weil eine Ausdolung im Bereich der Eisenbahn und der Strassen unverhältnismässig gewesen wäre. Dann das Elbisbächlein. Das Areal im Fraumatt hat eine Quartierplanpflicht und somit muss bei einer Arealentwicklung eine Ausdolung mitgeplant werden. Weiter haben wir das Vogelsangbächli. Hier wird bei den eingedolten Abschnitten im Bereich des Vogelsangwegs und des Quartierplans Brunnmatt auf die Festlegung des Gewässerraums verzichtet. Beim Bintalbächli haben wir die Schiessanlage Sichern und dort besteht das Potenzial für eine Ausdolung. Somit ist dort der Gewässerraum entsprechend festgelegt worden. Beim Windentalbächli ist im Moment die Festlegung des Gewässerraums sistiert worden, bis die künftige Quartierplanung festgelegt ist. Und dann haben wir noch den Orishof. Im Bereich des Orisbachs wird auf eine Festlegung des Gewässerraums für die künstlich angelegten Weiher beim Orishof verzichtet, weil die schon im Zonenplan Landschaft festgehalten sind. Grundsätzlich besteht für Bauten auf Liegenschaften, die zum Teil oder ganz im Gewässerraum liegen, eine Bestandesgarantie. Die Praxis des Kantons bezüglich erweiterten Bestandesgarantien erlaubt bei diesen Bauten sogar kleinere Erweiterungen oder Umbauten, solange die Funktion des Gewässerraums nicht erheblich beeinträchtigt wird. Das ist aber immer im Einzelfall in Zusammenhang mit der Baubewilligung zu prüfen. Liegenschaften, die anhand der neuen Festlegung in den Gewässerraum zu liegen kommen, erleiden eine Wertverminderung. Die Verwaltung rechnet deshalb mit Einsparungen, aber nicht mit Entschädigungszahlungen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass für die Stadt Liestal nur der finanzielle Aufwand für die Nutzungsplanung anfällt. Dann zur Würdigung. Die Vorstellung der Mutation war gut vorbereitet und ist bei der BPK sehr gut angekommen. Es ist offensichtlich, dass der jetzt neu

geplante und definierte Gewässerraum grundsätzlich Sinn macht. Es darf festgehalten werden, dass die örtlichen Situationen bezüglich der Korrekturen der Gewässerräume sehr gut abgeklärt und in die definitive Festlegung miteinbezogen worden sind. Die BPK begrüsst auch, dass örtliche Rücksichtnahmen möglich sind und dass die Vision „A22 unter den Boden“ in die Planung eingeflossen ist. Die BPK beantragt einstimmig, die stadträtlichen Anträge zu genehmigen.

Anja Weyeneth (SP) führt als SP-Fraktionssprecherin aus, dass die SP-Fraktion dem zustimmen kann. Sie sieht das als ein sinnvolles Geschäft an und kann sich auf die gute und vorbereitete Abklärung verlassen. Wir begrüssen es, dass die jeweiligen Situationen und Verhältnismässigkeiten berücksichtigt worden sind. Auch begrüssen wir, dass die individuellen Rücksichtnahmen in Zukunft möglich sind. Es sind wenige Liegenschaften betroffen und es gibt auch die Bestandegarantie. So denken wir, dass mit wenig Widerstand zu rechnen ist. Ausdolungen verschönern die Landschaft, das begrüssen wir natürlich ebenso und es ist toll, wenn das genannte Potenzial genutzt wird. Es sind ja auch viele Gewässer in Liestal an der Oberfläche, aber man sieht sie zum Teil fast nicht an gewissen Stellen, weil sie so zugewachsen ist. Vielleicht lässt sich da noch etwas machen für die eine oder andere Stelle, damit man ein bisschen mehr Gewässer sieht. Wir finden es auch gut, dass die A22 in die Überlegung einfliesst. Wir gehen davon aus, dass wir auch bei der zweiten Lesung zustimmen können.

Werner Fischer (FDP) erklärt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion, dass es sich hier um einen Nachvollzug des übergeordneten Rechts des Bundes handelt. Ich möchte einfach noch einmal diesen Punkt besonders herausstreichen, dass das Gesetz nicht zwischen eingedolten und oberflächlichen Gewässern unterscheidet. Die Breite des Gewässerraums ist genau gleich, ob das Gewässer nun eingedolt ist oder nicht. Es wird im Bericht der Vermerk auf die Ausnahmeregelung mit Einzelfallprüfung gemacht in Bezug auf kleine Umbauten. Ich hoffe einfach immer auf ein Augenmass von demjenigen, der dies prüft. Es wird auch gesagt, der Besitzstand ist gewährleistet. Das stimmt, aber der Besitzstand kann beeinträchtigt werden, wenn ich den Strassenabstand, den Grenzabstand etc. einhalten muss, der in einem solchen Plan vorgegeben wird. So kann es dann leider doch am Schluss sein, dass nicht mehr so viel gebaut werden darf, wie ursprünglich hätte gebaut werden dürfen. Also von daher kann das schon gewisse Konsequenzen haben. Aber ich sehe auch das Positive von dem Ganzen, hoffe aber, es gibt kein Bürokratiemonster. Aber grundsätzlich ist es sicher positiv, insbesondere die Vernetzung der Gewässer. Diese begrünten Uferböschungen sind natürlich ganz wesentliche Bestandteile einer intakten Natur und für die Verbreitung von Lebewesen und des Samenflugs. Ich hoffe einfach, dass bei diesen Härtefällen das nötige Augenmass gewahrt wird.

Sonja Niederhauser (EVP) informiert als GLP/EVP-Fraktionssprecherin, dass es sich um ein wichtiges Geschäft handelt und dass sie glaubt, dass man da einen Schritt in die Zukunft macht. Gewässer sind sehr wichtig. Man hat es gerade letzstens in den Medien wieder lesen können, dass sich gerade Basel in gewissen Quartieren sehr viel mehr Gewässer zurückwünschen würde, um eben auch die Hitze im Sommer ein bisschen reduzieren zu können. Wir haben die ganze Vorlage auch in der Fraktion diskutiert und die GLP/EVP-Fraktion unterstützt das Geschäft so, wie es vorliegt.

Matthias Holinger (GL) hält als Sprecher der Grünen Fraktion fest, dass es sich um eine Vorlage handelt, bei der nicht darüber befunden werden kann, ob es gemacht werden will, sondern nur wie und vielleicht wann es gemacht werden soll. Und beim „wie“ ist es recht schwierig, als Nichtraumplaner die Qualität der vorliegenden Planung zu beurteilen. So wie ich das aber sehe, ist die Gewässerraumausscheidung gewissenhaft, mit Augenmass, mit einer gewissen Flexibilität und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten vorgenommen worden. Die Umsetzung dieser Bundesvorlage hat nur wenige Ecken und Kanten, was sich auch in den wenigen Eingaben beim Mitwirkungsverfahren gezeigt hat. Wie viele Einsprachen das jetzt noch geben wird, bleibt abzuwarten. Die Grüne Fraktion wird voraussichtlich an der November-Sitzung allen 6 Nutzungsplans-Mutationen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass es für die SVP-Fraktion primär die Fortsetzung des Geschäfts über das Dietrichsbrunnenbächli ist. Jetzt besprechen wir die anderen Gewässer, die wir in Liestal haben. Der BPK-Präsident und die Vorredner haben eigentlich schon alles gesagt.

Anita Baumgartner (GL) führt als Einzelsprecherin aus, dass sie sich eine kleine kritische Anmerkung zu dieser Vorlage erlaubt. Diese bezieht sich nicht auf den Inhalt, denn den Inhalt unterstütze ich. Meine Kritik bezieht sich allein auf die lange Zeitdauer, die es zur Erarbeitung dieser Vorlage gebraucht hat. Wir haben es vorhin gehört: Die Bundesvorgaben wurden im Jahr 2011 publiziert, die Arbeitshilfen vom Kanton sind bereits im 2019 vorgelegen und jetzt haben wir das Jahr 2025. Wer in Liestal an einem Gewässer wohnt und in den letzten mehr als 14 Jahren bauen wollte, hat das nicht machen können. Er hat auch sehr lange mit der Unsicherheit leben müssen, dass ihm niemand sagen konnte, wann er dann wieder eine Planungssicherheit hat und weiter überlegen kann. Das ist gerade, wenn man ein Familienhaus hat an einem Fluss und es ausbauen möchte, weil man vielleicht noch ein zusätzliches Kinderzimmer brauchen könnte, eine sehr belastende und eine sehr mühsame Situation. Ich habe mir deshalb kurz erlaubt nachzuschauen: Der Einwohnerrat Reinach hat die Mutation Gewässerraum im Februar 2020 beschlossen, der Einwohnerrat Binningen im Juni 2022 und der Einwohnerrat Pratteln hat seine Mutation ebenfalls vor 3 Jahren vorgelegt bekommen. Ich bin der Meinung, eine zügigere Schaffung dieser Planungssicherheit wäre vielen in Liestal zugute gekommen, auch wenn es jetzt vorher geheissen hat, es seien nur einzelne Anwohner betroffen. Aber selbst für die wäre es schön gewesen, wenn es schneller vorwärtsgegangen wäre. Vielleicht kann uns der Stadtrat ja im Rahmen der zweiten Lesung kurz ein bisschen ausführen, was dann nötig gewesen wäre, dass es auch in Liestal schneller vorwärtsgegangen wäre. In dem Sinne, wie gesagt, keine inhaltliche Kritik. Ich bin der Meinung, die Vorlage ist sauber ausgearbeitet. Aber in Bezug auf die zeitliche Dauer würde ich mir für das nächste Mal ein zügigeres Vorankommen wünschen.

Stadtrat Daniel Muri bedankt sich bereits jetzt für die Würdigung, die Peter Bürgin (FDP) ausgesprochen hat. Es sind doch 120 Seiten, es war sehr intensiv und es hat Zeit gebraucht. Vielen Dank auch für das Kompliment an die Abteilung Planung, bei welcher sich Romano Lanzi viel damit befasst hat. Wir haben letztes Jahr noch eine öffentliche Veranstaltung gemacht und haben 50 Stühle bereitgestellt. Gekommen sind jedoch nur 10 Personen. Die vorhin erwähnten Leute sind nicht gekommen, wir sind jedoch in Kontakt mit ihnen. Zudem ist es kein Zustand von Nichtrecht, sondern das Bundesrecht hat bereits gegolten.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 26. November 2025 nochmals beraten.

5. Pilotversuch «Fraktionspräsidentenkonferenz plus» (FRPK+) – Wahl von FRPK+ und Beauftragung derselben für die Vorberatung des Entwicklungs- und Finanzplanes 2026-2030 (Nr. 2025-62)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt wird:

- Eintreten
- Vorstellen ER-Vorlage durch Ratspräsident
- Stellungnahme Stadtrat
- Fraktionssprecher
- Einzelsprecher
- Abstimmungen

Eintreten

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Vorstellen ER-Vorlage durch Ratspräsident

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt die Vorlage Nr. 2025-62 des Ratsbüros kurz vor: Die Entwicklung zum Finanzplan der Stadt Liestal ist das strategische Instrument. Dort werden alle absehbaren Ausgaben schon 4 Jahre im Voraus angezeigt. Wir sehen bei allen bereits angelaufenen Projekten, wo sie stehen und wo wie viel Geld und personelle Mittel eingeplant sind. Zudem sind die Ausgaben alle mit Zielvorgaben und strategischen Vorgaben begründet. Obwohl wir das im Rat nur zur Kenntnis nehmen können, ist eigentlich der Entwicklungs- und Finanzplan (EP) das wichtigste Dokument, das wir hier drin jeweils beraten. Der Bericht wird auch in verschiedenen Kommissionen eingehend beraten, allerdings jeweils mit einer inhaltlichen Brille der jeweiligen Kommissionen. Ausserhalb der Kommissionen, nämlich in den Fraktionen, wird der EP nicht gleich tief diskutiert. Das wird dem EP nicht ganz gerecht und wir verpassen möglicherweise eine grosse Chance, dass wir dort strategischen Einfluss nehmen könnten. Mit dem Vorgehen möchten wir die Chance schaffen, eine weitere differenzierte und kritische Sicht auf den EP zu generieren. In Absprache mit den Kommissions- und Fraktionspräsidien hat noch das alte Büro das Vorhaben erfunden. Wir möchten also ein Gremium schaffen, das an die Fraktionspräsidienkonferenz angelehnt ist, wie es im Reglement definiert ist. Wir gehen aber dort über die Definition aus und darum werden wir heute auch mit einer 2/3 Mehrheit abstimmen müssen, weil das schlussendlich ein nicht definiertes Vorhaben ist gemäss Reglement. Entsprechend reden wir hier auch von einem Pilotversuch und von der Arbeitsgruppe FRPK+. Diese Arbeitsgruppe soll mit den Fraktions- und Kommissionspräsidien bestückt werden. Damit der EP behandelt werden kann, soll dieser auch an die FRPK+ überwiesen werden. Im Aufgabenkatalog haben wir zwei verschiedene Aufgaben vorgesehen. Einerseits die Beratung des EP mit einer möglichst konsolidierten Meinung über die Fraktionen und möglicherweise auch die Entwicklung von strategischen Empfehlungen zuhanden des Stadtrates. Als zweite Aufgabe soll es eine Reflexion geben über das Vorgehen. War das sinnvoll? Haben wir das Ziel erreicht, das wir wollten? Wollen wir es nächstes Jahr wieder machen und wenn ja, wie und in welcher Art und Weise? Dies zur Vorlage.

Stellungnahme Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Vorlage des Ratsbüros und begrüsst das Vorgehen grundsätzlich. Wir finden es wichtig, dass man intensiv über den EP redet, weil die 5-Jahresplanung rollierend ist. Da ist es natürlich für uns schon wichtig, was ihr sagt. Gewisse

Themen werden zwar lediglich zur Kenntnis genommen, für die Budgetierung ist aber eine vorgängige Mitsprache sinnvoll, damit wir dieses auch durchbringen können und nicht über Weihnachten und Neujahr dann noch einmal am Budget weiter herumschrauben müssen. Ich denke, man kann das sicher probieren und dann wird man sehen, wie es funktioniert und was dabei herauskommt.

Fraktionssprecher

Thomas Eugster (FDP) hält als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass die FDP/Mitte-Fraktion die Vorlage begrüsst. Der EP ist das wichtigste Instrument, das wir haben. Wir müssen uns mit dem Dokument eingehend auseinandersetzen und dann aber auch Schlüsse daraus ziehen. Das ist jetzt ein Versuch und dann schauen wir weiter, wie erfolgreich das ist. Wir werden die Vorlage unterstützen.

Anita Baumgartner (GL) meint als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass die Grüne Fraktion länger über das Geschäft, den Antrag und auch über die Motivation dahinter diskutiert hat. Wir haben uns gefragt, welche Chancen uns das bringt und welche Risiken damit verbunden sind. Am Schluss der Diskussion ist diese Skepsis stehen geblieben. Ob die Arbeitsanlage, die wir hier vorgeschlagen bekommen, wirklich zu einem sinnvollen Ergebnis kommen kann oder ob die generierten Kosten, die in Form von Sitzungsgeldern und Zeit wahrscheinlich etwa bei CHF 2'500.00 liegen dürften, wirklich in einem angemessenen Verhältnis zum erwarteten Nutzen von so einem zusätzlichen Bericht stehen, ist fraglich. Der EP wird heute schon in 3 Kommissionen beraten, nämlich in der FIKO, der BPK und der SBK. Es setzen sich also mindestens 25 Einwohnerratsmitglieder vertieft mit dem EP auseinander. In unserer Fraktion haben wir es in den letzten Jahren so gehandhabt, dass wir jeweils bevor die Kommissionsberatungen gestartet haben, eine Fraktionssitzung gemacht und den EP darin beraten haben. In dem Sinn haben wir versucht sicherzustellen, dass unsere Fraktionshaltung in die Kommissionssitzungen hineingetragen wird und uns so eingebracht. Entsprechend sehen wir nicht wahnsinnig viel mehr Ergebnisse, die bei dieser Arbeitsgruppe herauskommen können, wenn wir jetzt einfach als Fraktionspräsidenten noch einmal zusammensitzen und uns über das Instrument unterhalten. Eine Chance sehe ich dort, wenn wir den EP so weiterentwickeln könnten, dass wir ein Instrument vorliegen haben, bei dem allen klar ist, was wir effektiv einbringen können, was wir ändern können, was wir ergänzen können und was wir allenfalls auch aus dem EP streichen können. Das wäre etwas, das ich sehr gerne und mit Freude machen würde. Das muss aus meiner Sicht aber nicht im Rahmen einer Arbeitsgruppe erfolgen. Das könnte bei einem Bier nach einer Einwohnerratssitzung passieren, das könnte aber auch im Rahmen eines separaten Vorstosses erfolgen. Unsere Skepsis ist also vorhanden. Ich kann nicht ganz sagen, wie unsere Fraktion abstimmen wird. Ich gehe davon aus, dass wir es mehrheitlich ablehnen werden. Wenn die Mehrheit des Rates jedoch findet, das ist ein guter Vorschlag und wir wollen das machen, dann werde ich mich dieser Diskussion eingeben und natürlich konstruktiv und engagiert mitarbeiten.

Anja Weyeneth (SP) informiert als SP-Fraktionssprecherin, dass auch die SP-Fraktion geteilter Meinung ist. Einerseits wollen wir offen sein für neue Projekte, andererseits sehen wir es aber auch kritisch. Wir denken, es ist ein bisschen ein Konstruktionsfehler, dass man sich als Fraktion positionieren soll, bevor man den Sachbericht der Kommissionen hat. Auch haben wir uns gefragt, was denn der konsolidierte Bericht zusätzlich zu diesen Berichten, die es ja schon gibt, beinhaltet. Wir meinen, das ist eher ein Mehraufwand und bringt wenig neue Kenntnisse und Inhalte. Es geht ja auch insbesondere um einen aktuellen Bericht der dann Ende April in den Rat kommen würde, wenn der Stadtrat wahrscheinlich bereits schon wieder dabei ist, den nächsten EP vorzubereiten. Wir sehen auch das Grundproblem, dass das Budget und der EP nicht gleichzeitig behandelt werden. Da machen wir beliebt, dass wir das in Zukunft wieder machen, um das besser aufeinander abstimmen zu können. Das ist anscheinend schon einmal so gewesen. Noch ein angefangener Gedanke: Wäre nicht eventuell eine Spezialkommission für einen EP sinnvoller anstelle dieser drei Beratungen und den Mitbericht durch die

Kommissionen FIKO, BPK und SBK? Die Idee dieser FRPK+ ist ja aus dem Bedürfnis heraus entstanden, dass sich der Rat mehr einbringen soll und auch kann. Wir denken jedoch, dass die Fraktionsbeteiligung über die Kommissionsmitglieder geht und dass hier vielleicht ein bisschen mehr Engagement von uns allen gefragt ist. Deshalb meinen wir, dass wir die bestehenden Strukturen einfach noch besser nutzen können. Positiv ist die allfällig längerfristige Einflussnahme. Wenn der Pilotversuch angenommen wird, sind wir der Meinung, dass man den Versuch vielleicht 3 Jahre lang machen sollte und nicht nur 1 Jahr. Nach einem Jahr ist es ein bisschen schwierig, bereits über den Nutzen entscheiden zu können.

Denise Meyer (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecherin, dass sie sich dem Votum von Thomas Eugster (FDP) anschliessen kann. Die SVP-Fraktion wird dafür sein.

Benjamin Erni (EVP) führt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion aus, dass sie grossmehrheitlich auch für den Pilotversuch sind. Wir haben hin und her diskutiert, über Nutzen und Kosten und ob es sinnvoll ist. Aber der Gedanke, eine übergeordnete Sicht auf den EP zu haben, finden wir spannend und werden entsprechend grossmehrheitlich zustimmen.

Einzelsprecher

Michael Durrer (GL) versteht den Gedanken dahinter. Ich bin jedoch sehr skeptisch zum Nutzen. Wir würdigen das Dokument lediglich. Es ist auch jedes Jahr ein Thema, wie viel Arbeit hier einfließt. Es geht in 3 Kommissionen, in denen im Bericht jeweils eine Würdigung drin ist. Wenn wir es hier drin behandeln, würdigen es alle Fraktionen auch noch einmal. Also für mich greift das Argument nicht, dass der Würdigung nicht genügend Gewicht gegeben wird, und man anhand der 3 Berichte nochmals einen zusammengefassten Bericht macht. Ich habe mir dann noch Gedanken zu der Zusammensetzung gemacht, wie diese jeweils aussehen könnte. Es wird sowieso so sein, dass die SVP-Fraktion immer nur jemanden dort hat, die FDP/Mitte-Fraktion hat 2-3 Personen vor Ort und je nachdem, wenn mal jemand nicht gehen kann, ist die Zusammensetzung ganz unterschiedlich. Man kann sagen, es ist ok, da es ja nicht um eine Beschlussfassung geht. Aber ich frage mich dann trotzdem auch, was das bringt. Wir haben jetzt ein paar Mal gehört, man müsse es einfach einmal probieren. Ich verstehe nicht, warum man in so einer Runde nicht einfach einmal dieses Jahr zusammensitzt und irgendwie Kaffee und Kuchen oder ein Bier nimmt und schaut, ob man überhaupt irgendwie zusammen in so eine Richtung kommen könnte. Wenn man gemeinsam etwas machen kann und findet, das macht Sinn, dann kann man sich immer noch einmal über so eine Gruppe unterhalten. Man kann aber auch jederzeit einen überparteilichen Vorstoss formulieren. Der Gedanke dahinter ist zwar gut, mit dem gewählten Konstrukt kann ich aber nicht viel anfangen.

Thomas Eugster (FDP) möchte noch einmal auf das soeben Gesagte eingehen. Ich glaube, man muss es einmal probieren. Die Meinung ist ja nicht, dass es einfach eine weitere Würdigung gibt. Man kann aber beobachten, dass die 3 Kommissionen ihren Bericht mit einer sehr scharfen Analyse machen. Anschliessend fehlt es jedoch an einer Diskussion dieser Berichte in der Synthese. So eine Diskussion könnte auch bei einem Kaffee führen. Fakt ist einfach, dass dies bis jetzt nie stattgefunden hat. Ich glaube, das ist der Versuch, dass diese Diskussion eben einmal stattfindet. Es kostet zwar etwas an Sitzungsgeld, aber ich glaube, das müssen wir einfach einmal probieren. Denn bis jetzt haben wir schon viele EP-Besprechungen gehabt, aber eine Diskussion dazu ist eigentlich gar nie entstanden. Wir haben die Berichte lediglich vorgestellt und es dabei belassen. Ich glaube, das wird dem Instrument und dem ganzen Aufwand, den wir für einen EP treiben, nicht gerecht.

Sonja Niederhauser (EVP) geht gerne auf die Aussagen von Thomas Eugster (FDP) ein. Es ist richtig und wichtig, dass eine Diskussion geführt wird, nachdem die Kommissionsberichte vorliegen. Die Fraktionsmeinungen fliessen dort aber ein. Ich bin eigentlich der Meinung, dass so, wie es im Geschäftsreglement gelöst ist, dass wenn eine Zuweisung eines Geschäfts an mehrere Kommissionen stattfindet sich die Präsidien untereinander die Aufgabenverteilung

anschauen und über gemeinsame Behandlung oder Berichterstattung verständigen, das eine sehr gute Sache ist und dass das auch so gemacht wird. Ich bin der Meinung, dass man sich durchaus auch in diesem Gremium bzw. unter den Präsidien überlegen kann, was man im Nachgang zu diesem Geschäft macht. Es ist ja nicht zwingend, dass dies komplett vom Tisch sein muss, nur weil es einen Bericht gibt, der an den Einwohnerrat geht. Ich habe entsprechend ein bisschen meine Fragezeichen, ob es nötig ist, dass wir da jetzt etwas Zusätzliches festlegen. Entsprechend werde ich es nicht unterstützen.

Domenic Schneider (GLP) appelliert, dass der Rat etwas mutig sein soll. Ich bin jetzt auch schon das eine oder andere Jahr dabei und höre immer wieder, dass es dann im Rahmen des Budgets besprochen wird. Beim Budget heisst es dann, es wird im Rahmen des EP oder anderweitig besprochen. Aber mit den Finanzen kommen wir nicht vorwärts. Da müssen wir einfach ehrlich sein und in den Spiegel schauen und sagen, so wie es bis jetzt ist, funktioniert es nicht. Also probieren wir doch einen neuen Weg und wenn wir nach 2 Jahren merken, dass es nichts bringt, lassen wir es wieder sein. Warum nicht etwas Neues ausprobieren, bevor man von Anfang an sagt, dass es nichts bringt.

Bernhard Bonjour (SP) hegt etwas Misstrauen dagegen, dass wenn von Konsolidierung der Fraktionsmeinungen gesprochen wird, der Gedanke entstehen könnte, dass im Plenum nicht mehr darüber diskutiert wird. Ich stimme jetzt gleich dafür, einfach damit man das Experiment einmal machen kann.

Abstimmungen

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden, weshalb er nun über die drei Anträge des Ratsbüros abstimmen lässt. Er betont noch einmal, dass bei jedem Antrag, über den wir jetzt abstimmen, eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Dies wären im Moment 24 Stimmen.

://: Mit 21 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Pilotversuch «Fraktionspräsidentenkonferenz plus» beziehungsweise die Bildung einer Arbeitsgruppe FRPK+ wegen der fehlenden 2/3 Mehrheit abgelehnt.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass man nach dem ablehnenden Entscheid über die beiden anderen Anträge gar nicht mehr abstimmen muss.

6. Spitalstrasse – Kreditvorlage für die Strassensanierung, den Ersatz der Wasserleitung und die Sanierung der Kanalisation (Nr. 2025-67)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Sonja Niederhauser (GLP) sagt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass die Fraktion klar für die Überweisung an die BPK ist.

Peter Küng (SP) hält als SP-Fraktionssprecher fest, dass die Strasse wirklich kaputt ist und man deshalb der Überweisung an die BPK zustimmen wird.

Markus Rudin (SVP) orientiert als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen wird.

Matthias Holinger (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass die Sanierung der Spitalstrasse notwendig, sinnvoll und unbestritten zu sein scheint. Was unter anderem vielleicht noch genauer angeschaut werden könnte ist die Situation der Velofahrer. Da habe ich in der Vorlage nichts dazu gefunden. Unter anderem deshalb sind wir für die Überweisung an die BPK.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Überweisung an die BPK. Ich glaube, das ist eine Strasse, die es wirklich nötig hat, renoviert zu werden. Dies nicht nur, weil es rüttelt, wenn man darüberfährt, sondern weil sie genauso grau und gefährlich aussieht im Untergrund. Es ist hilfreich, das gut anzuschauen und auch die Fachleute der Stadt beizuziehen, um zu verstehen, was zu machen ist und warum.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-67 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

7. Industriestrasse - Kreditvorlage für den Ersatz der Wasserleitung und die Kalibervergrößerung der Kanalisation (Nr. 2025-68)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, auch diese Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung zu überweisen.

Matthias Holinger (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass im Gegensatz zur Kreditvorlage der Spitalstrasse in dieser Vorlage der Veloverkehr bereits sehr gut berücksichtigt und mit aufwendigen Massnahmen in Bezug auf die Sicherheit verbessert wird. Dennoch finden wir es sinnvoll, wenn sich die BPK das noch einmal anschaut.

Jonas Bischofberger (SP) meint als SP-Fraktionssprecher, dass auch die SP-Fraktion es als sinnvoll erachtet, wenn bei der Strasse etwas gemacht wird. Wir sind für eine Überweisung an die BPK. Dennoch möchten wir einige Punkte der Kommission mitgeben. Was mich sehr irritiert hat ist die Aussage, dass die eine Haltestelle zwar gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz angepasst werden müsste, dies dennoch nicht gemacht wird. Seit dem Jahr 2003 wüsste man eigentlich, dass es gemacht werden muss und seit 2 Jahren müsste es theoretisch auch schon gemacht sein. Entsprechend würde ich doch schon sehr bitten, dass die BPK hier nochmals schaut, ob es nicht gemacht werden kann. Selbst wenn diese Haltestelle möglicherweise nicht am meisten benützt wird, gilt das Behindertengesetz auch dort. Der zweite Punkt, der mich etwas stutzig gemacht hat, ist die Verbreiterung der Kanalisationsröhre, weil dort ein neues Gebäude gebaut wurde. Wird denn die zusätzliche Breite dort wirklich so dringend benötigt? Natürlich, wenn die Strasse schon offen ist, ist es gut, dass man möglichst viel gerade gleichzeitig erledigt, aber das kann man vielleicht noch einmal anschauen. Wie gesagt, wir finden es gut, wenn alle Punkte in der BPK diskutiert werden.

Sonja Niederhauser (EVP) erklärt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass es wohl unbestritten ist, dass man sich gerade anhängt, wenn die EBL die Strasse öffnet. Das ist genau das, was man sich wünscht, dass die ganzen Projekte kombiniert werden können, weil es auch entsprechend Kosten senkt. Es ist nicht nur die Fernwärme, die gemacht wird, es muss unter anderem eine grössere Stromleitung gelegt werden. Das hat mit der Elektrifizierung der Linienbüsse zu tun, die sich jetzt nach und nach umsetzen wird. Von daher ist das auch ein Projekt, das relativ dringend ist. Darum das Anliegen an die BPK, dass es nicht zu lange braucht, bis das Geschäft behandelt werden kann, damit man das dann auch entsprechend umsetzen kann. Ich möchte gerne noch bei den Aussagen von Jonas Bischofberger (SP) anhängen. Das Behindertengesetz ist mir ein grosses Anliegen. Natürlich ist das nicht die Haltestelle mit der grössten Frequenz, aber es hat immer mehr Leute, die dort arbeiten und die mit dem Bus gehen. Es ist aber schwierig, wenn man das Trottoir breiter macht, damit es dann auch mit dem Veloverkehr funktioniert. Da kann ich einfach noch vermelden, dass die Autobus AG Hand bieten würde, auf ihrem Gelände eine Haltestelle zu machen, die wirklich gesetzesgerecht ist. Von daher ist für uns eine Überweisung an die BPK selbstverständlich. Es gibt ein paar Punkte, bei denen wir froh sind, wenn die BPK das gut anschaut.

Markus Rudin (SVP) informiert als SVP-Fraktionssprecher, dass auch die SVP-Fraktion für eine Überweisung an die BPK ist. Es ist sinnvoll, dass man diese Synergien nutzt, wenn schon alles aufgerissen wird. Es handelt sich um ein grösseres Projekt und da gibt es schon noch Aspekte, die man sich ansehen muss.

Werner Fischer (FDP) kann es als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion kurz machen, denn auch seine Fraktion wird der Überweisung an die BPK zustimmen.

Florian Abt (SP) möchte als Einzelsprecher noch einmal kurz auf den Pkt. 2 Bst. e auf Seite 5/6 eingehen. Dort wird festgehalten, dass die Bushaltekante unverändert belassen und aufgrund der hohen Kosten nicht an die gesetzlichen Bestimmungen angepasst wird. Wie wir schon gehört haben, sagt das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen eigentlich aus, dass seit 2023 alles hindernisfrei nutzbar sein müsste, jedoch mit dem Zusatz, dass es verhältnismässig sein muss. Da stellt sich für mich die Frage, ob so etwas für die Stadt Liestal nicht verhältnismässig ist? Es ist klar, es sind CHF 150'000, das ist ein hoher Betrag. Es ist eine Haltestelle, die nicht stark frequentiert ist und diese Frage ist berechtigt. Auf den ersten Blick kann man sagen, das ist zu viel Geld für zu wenig Nutzen. Ich bitte euch aber auch darum, die Perspektive zu wechseln. Wir gehen davon aus, dass rund 5 % der Bevölkerung eine Gehbehinderung haben oder in der Mobilität eingeschränkt sind. Das sind ungefähr 800 Leute auf die Einwohnerzahl von Liestal gesehen. Diese sind im Alltag darauf angewiesen, dass Hindernisse beseitigt werden und dass sie an Haltestellen einfach ein- und aussteigen können. Selbstverständlich helfen Busfahrerinnen und Busfahrer beim Einsteigen. Viele Betroffene wollen diese Hilfe jedoch nicht. Dies nicht aus Trotz, sondern aus Scham und aus dem Wunsch heraus, das selbstständig zu machen und weil sie nicht andere Passagiere aufhalten wollen. Würde jemand von euch wollen, jedes Mal um Hilfe bitten zu müssen beim Einsteigen? Deshalb geht es mir nicht nur um die Zahl oder darum, ob der Platz stark oder schwach frequentiert ist. Es geht um eine Grundsatzfrage. Wollen wir eine Stadt sein, die nur für viele möglich ist oder wollen wir eine Stadt sein, die sich für alle einsetzt? Und wollen wir hier eine klare Botschaft senden, dass in Liestal alle Menschen das Recht haben, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilzunehmen, auch an der Haltestelle der Industriestrasse? Die Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Barrierefreiheit ist kein Luxusprojekt, sondern ein Menschenrecht. Und wenn wir in Liestal in Infrastruktur investieren, dann würde ich mir wünschen, dass wir nicht nur in Beton und Asphalt investieren, sondern auch in Würde, Selbstständigkeit und Teilhabe.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Überweisung an die BPK. Ich glaube, dort ist es am richtigen Ort, um genau die Fragen und auch die Differenzen sowie Nachfragen anschauen und prüfen zu können.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun abstimmen lässt.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2025-68 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

8. Fragestunde

Ratspräsident Philipp Franke (GL) begrüsst den Einwohnerrat zurück aus der Pause. Wir starten mit der Fragestunde und ich übergebe das Wort gerne an Lukas Heinzelmann.

1. Frage / Richard Gafner (FDP/Mitte) – Bruckackerstrasse, Parkplätze

«Eingangs der Bruckackerstrasse wurden 2 Parkfelder mit Natursteinen ausgedelimitiert. Vom Platz her wäre auch ein drittes Parkfeld möglich gewesen. Weshalb verzichtet die Stadt auf die Nutzung dieser Fläche für Anwohnerparkplätze, nachdem im angrenzenden Gebiet Mattenstrasse – Römerweg – vorderer Teil Spitzackerstrasse ein allgemeines Parkverbot gilt?

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass dieses Areal der SBB gehört. Die SBB hatte dort vorhin eine Böschung, welche mit dem Vierspurausbau sozusagen zugunsten eines weiteren Gleises mit einer steilen Mauer verkleinert wurde. Die SBB muss Ausgleichsflächen ausscheiden. Aus diesem Grund ist der Platz dort nicht mehr gleich gross. Die Tiefe der Parkplätze konnte behalten werden. Die SBB hätte jedoch zu wenig Ausgleichsfläche, wenn ein weiteres Parkfeld geschaffen werden würde.

2. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Ampelschaltung Rosenmundkreuzung/Nonnenbodenweg

Vor ein paar Monaten gelangte ich mit einer Frage an den Stadtrat wegen der Ampelschaltung bei der Rosenmundkreuzung. Diese Schaltung wurde korrigiert, das ist für mich in Ordnung. Hier die Folgefrage: Kann man die Ampelschaltung bei der Rosenmundkreuzung mit der Ampel bei der Einmündung Nonnenbodenweg in die Rosenstrasse optimieren?

Es gibt sehr oft einen langen Rückstau auf dem Nonnenbodenweg, weil die Rosenstrasse den Verkehr nicht schlucken kann.

Stadträtin Marie-Theres Beeler antwortet, dass die Lichtanlagen auf einer Kantonsstrasse dem Kanton gehören. Diese Rückstaus sind zudem in verschiedene Richtungen möglich. Das Abstimmen der Ampeln konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden, dies konnten wir jedoch weitergeben. Das Problem ist natürlich, dass es nicht nur im Nonnenbodenweg Stau gibt und man dort ein Problem hat, sondern wenn man jetzt mehr vom Nonnenbodenweg runterlässt, dann könnte es auch sein, dass auf der Rosenstrasse der Verkehr in Richtung Gestadeck-Kreuzung geschluckt werden muss. Aber das werden wir weitergeben, es beobachten und allenfalls die Schaltung optimieren.

3. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Friedhof: Fussweg-Absperrung

Auf dem Friedhof gibt es einen Fussweg der seit Monaten abgesperrt ist. Wie ist da Stand der Dinge? Wird dieser Weg bald wieder eröffnet?

Stadträtin Marie-Theres Beeler bestätigt, dass der Weg eröffnet wird, wenn wir im Jahr 2026 dafür wieder einen Budgetbetrag haben. Das ist eine Absperrung, weil das eine Abkürzung ist, die für viele Leute wichtig ist. Man muss diese Leute natürlich jetzt schützen, damit dort niemand runterfällt, denn der Weg ist relativ steil.

4. Frage / Vreni Wunderlin (GLP/EVP) – Grammetsteg

Wie wir wissen, wurde dieser Steg aus Sicherheitsgründen gesperrt. Die getroffene Absperrung ist aber sicherheitstechnisch nicht optimal.

Was ist mit der Brücke geplant (Zeitplan?)

Stadträtin Marie-Theres Beeler antwortet, dass es die Absperrung bald nicht mehr brauchen wird, weil der Steg abgebrochen werden muss. Er ist in einem schlechten Zustand und es ist nicht mehr erlaubt, die Brücke weiter zu betreiben. Dies sieht man nicht zwingend, wenn man von oben herabschaut, aber wenn man untendurch schwimmt. Wie die Brücke wieder einmal entstehen könnte, ist eine offene Frage. Dies hängt auch mit den Prioritäten, der Finanzen und der Siedlungsentwicklung zusammen.

Verena Wunderlin (GLP) stellt eine Zusatzfrage: Im Budget 2025 sind ja CHF 50'000 für die Projektierung eingesetzt. Was ist mit dem Geld? Gibt es dort wieder eine Brücke oder was ist Fakt?

Stadtrat Marie-Theres Beeler führt aus, dass die Projektierung so gar nicht entschieden worden ist. Die Frage ist gewesen, ob die Brücke überhaupt gebaut werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt muss darauf verzichtet werden. Wenn beispielsweise der Quartierplan Grammet kommt, ist dort wieder eine ganz andere Situation. Wird dort jetzt eine Brücke gebaut, kann diese möglicherweise an einem ganz falschen Ort stehen. Zudem muss erwogen werden, wer die dann zahlt, wenn das denn wirklich eine Quartiererschliessung ist. Das sind alles offene Fragen und auf die können wir jetzt noch keine Antworten geben.

5. Frage / Vreni Wunderlin (GLP/EVP) – Parkleitsystem

Kann damit gerechnet werden, dass das Parkleitsystem noch im 4. Quartal 25 (im Hinblick auf den Weihnachtseinkauf) eingesetzt sein wird?

Stadträtin Marie-Theres Beeler verneint, dass das Parkleitsystem noch in diesem Jahr fertiggestellt wird. Vorgesehen sind jetzt noch im 4. Quartal die Ausschreibungen für die Metallarbeiten, für die Anzeigetafeln und die Baumeisterarbeiten, um diese Tafeln an den möglichen 6 Standorten aufzustellen. Die Aufträge werden in der Kompetenz des Stadtrates vergeben. Vor der Ausführung, bevor es dann wirklich gebaut wird, muss beim Kanton ein Wegweisungsgesuch eingereicht werden. Die Abstimmung mit den kantonalen Fachstellen wird noch abgeschlossen werden müssen, bevor man dann wirklich leuchtende Buchstaben sieht. Zum Teil sind diese Standorte auf privatem Land. Die Diskussionen mit den Grundeigentümern und den Grundeigentümerinnen sind jedoch abgeschlossen. Die Standorte sind garantiert.

6. Frage / Stefan Fraefel (FDP/Mitte) – Schulergänzende Betreuung

Eltern sollen versucht haben, ihre in Liestal schulpflichtigen Kinder für das nächste Semester für die schulergänzende Betreuung anzumelden. Sie sollen eine Absage erhalten haben mit der Begründung, man habe keinen Platz und die nötigen Finanzmittel für eine Erweiterung seien nicht freigegeben worden. Meine Fragen:

1. Trifft es zu, dass es - generell oder in einzelnen Schulkreisen/einzelnen Modulen - einen Aufnahmestopp bei der schulergänzenden Betreuung gibt?
2. Wenn ja: wo ist dies der Fall und wie gedenkt der Stadtrat dem Abhilfe zu schaffen?

Stadtrat Lukas Felix verneint einen Aufnahmestopp. Es ist aber so, dass die schulergänzende Betreuung wie alle Betreuungseinrichtungen eine kantonale Bewilligung hat. Damit und in Kopplung mit dem Personalbestand und der Grösse der Räume, in denen die Betreuung stattfindet, kann jeweils eine gewisse Anzahl Kinder betreut werden. Das heisst dann am Schluss, wenn die Plätze besetzt sind, wir keine weiteren Kinder mehr aufnehmen könnten. Es wird dann eine Warteliste geführt. Durch Wegzüge von Kindern, welche die schulergänzende Betreuung dann nicht mehr in Anspruch nehmen, kann wieder jemand von der Warteliste genommen werden. Es kann auch sein, dass die Eltern ihren Betreuungsbedarf anpassen. Das kann jeweils auf das neue Semester gemacht werden. Die zweite Frage kann ich in dieser Zeit natürlich nicht in der Tiefe beantworten, wie sie gestellt ist. Sie wäre eine eigene Vorlage wert, damit man das genauer erläutern kann. Einen garantierten Betreuungsplatz gibt es, wenn man

sich bereits im Frühling auf das neue Schuljahr anmeldet. Wie ich es in Erinnerung habe, öffnet dieses Fenster jeweils im April oder Mai.

7. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Bushaltestelle Munzach

Die Bushaltestelle Munzach ist noch nicht behindertengerecht, sodass das Ein- und Aussteigen entsprechend beschwerlich ist. Gerade in dieser Gegend von Klinik und ESB ist dies besonders notwendig. Ist die behindertengerechten Anpassung der Bushaltestelle in Planung?

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass die Planung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltstellen bei der Stadt durchgeführt wurde. Aufgrund der Priorisierung von Investitionsprojekten kann man die aber gar nicht konkretisieren. Wir haben einen Investitionsstau, wie ihr alle wisst. Für diese wie auch für andere Bushaltestelle ist keine Anpassung in der Planung. Das müsste man im EP und im Budget einstellen, im nächsten EP ist dies noch nicht drin.

8. Frage / Anja Weyeneth (SP) – Florhof-Bauprojekt

Nach langem Stillstand haben auf dem Florhof die Bauarbeiten gestartet. Was beinhaltet das Bauprojekt?

Stadtrat Daniel Muri antwortet, dass das Bauprojekt auf der Grundlage eines Quartierplans entwickelt worden ist. Das Projekt findet man auch auf der Homepage. Gemäss bewilligtem Baugesuch gibt es 53 Wohnungen und 8 Gewerbeflächen.

9. Frage / Domenic Schneider (GLP/EVP) – Erfahrungen mit dem neuen Verkehrsregime

Das neue Verkehrsregime in der Büchelistrasse, am Zeughausplatz und in der Amtshausgasse ist seit fast einem Jahr in Betrieb. Welche Erfahrungen liegen vor, insbesondere in Bezug auf die Erreichbarkeit und allfällige Auswirkungen auf den Umsatz oder die Frequenz der Geschäfte in der Liestaler Innenstadt?

Stadtrat Daniel Muri stellt fest, dass sich an der Erreichbarkeit eigentlich nichts geändert hat. Die Verkehrsführung ist nun lediglich umgekehrt, wo die Ausfahrt gewesen ist, ist jetzt die Einfahrt. Betreffend die Büchelistrasse ist es halt leider so, dass sich noch nicht alle an das Fahrverbot mit Zubringerdienst halten. Dies, obwohl regelmässig Kontrollen durchgeführt und Hinweistafeln aufgestellt werden. Das ist mühsam. Umfragen zum Umsatz werden keine gemacht. Vielleicht kann die Zentrumsmanagerin Marion Ernst oder KMU-Liestal mehr Auskunft geben. Aber die Behörden gehen nicht bei den Detaillisten und Gastronomen vorbei. Diese Frage kann ich dir nicht beantworten

10. Frage / Domenic Schneider (GLP/EVP) – Parkplatzsituation in der Liestaler Innenstadt

Wie hat sich die Parkplatzsituation in und rund um das Stedtli seit der Anpassung der Parkgebühren entwickelt? Gibt es Erkenntnisse zur Auslastung der Parkhäuser, zur Belegung der oberflächlichen Parkzonen und zum Anteil von Ganztagesparkern, insbesondere beim Fischmarkt?

Stadtrat Daniel Muri antwortet, dass sich die Frage aufgrund der kurzen Frist von gestern Mittag auf heute nicht detailliert beantworten lässt. Die Parkhäuser werden durch Private betrieben. Da haben wir auch keine Daten zur Auslastung der Parkhäuser. Wir sind aber der Meinung, dass sich das aktuelle Regime im Zentrum gut bewährt hat. Das Städtchen ist gut besucht, und die, die es gut machen, haben Erfolg.

11. Frage / Markus Hügin (SVP) – Zustand Sportplatz Gitterli nach Instandsetzung

Nach der Ablehnung der Interpellation zur Umwandlung des alten Sportplatzes Gitterli in einen Kunstrasenplatz wurde von Seiten des Stadtrats angekündigt, dass der bestehende Platz korrekt instand gesetzt werde.

Leider musste ich bei mehreren Gelegenheiten feststellen, dass der Sportplatz derzeit mehrheitlich gesperrt ist. Der Grund scheint zu sein, dass das Wasser nur unzureichend versickert – vermutlich, weil keine ordnungsgemässe Drainage eingebaut wurde.

Bei meiner heutigen Begehung hatte ich den Eindruck, mich in einem Sumpfgebiet zu befinden: Überall, wo ich den Platz betrat, quoll Wasser unter meinen Füßen hervor, und es bildeten sich zahlreiche Wasserlachen. Eine reguläre Nutzung des Platzes ist unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Ich ersuche den Stadtrat daher, den aktuellen Zustand des Sportplatzes zu überprüfen und mitzuteilen, welche Massnahmen vorgesehen sind, um die ordnungsgemässe Entwässerung und damit die dauerhafte Nutzbarkeit sicherzustellen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass die SBB den Platz mit dem bisherigen Aufbau darunter wieder zurückgegeben hat. Beim Betrieb hat sich jedoch gezeigt, dass es noch nicht geht. Dieser Mangel ist natürlich festgestellt und gerügt worden. Die SBB hat zugestanden, dies bis Ende März 2026 zu beheben. Sie wird schauen, wie der Untergrund aussieht, dass man darauf auch spielen kann. Die SBB hat aber bereits jetzt schon mit den Arbeiten angefangen. Sie ist auch in Kontakt mit der Stadt, um immer wieder zu schauen, was es braucht und wie es ist.

12. Frage / Werner Fischer (FDP/Mitte) – Parkierte Autos an Frenkenstrasse der Kaserne

An der Frenkenstrasse in der weissen Zone, stehen immer wieder wochenweise parkierte Autos. Diese haben hinter der Frontscheibe eine Karte «Kommando Inf OS 10; 18. 8. 2025 - 28. 11. 2025».

Warum müssen diese die öffentlichen Parkplätze belegen?

Welche Kosten werden dafür erhoben?

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich für das Aufmerksammachen auf diese Sachlage. Die Parkkarten werden vom Kommando der Infanterieoffizierschule 10 für den Kiesplatz im Gitterli ausgestellt. Wenn aber der Kiesplatz dort besetzt ist durch die Stadt, etwa zum Beispiel mit einem Zirkus oder wenn Unterhaltsarbeiten gemacht werden, dann gelten die Parkkarten auch für die Frenkenstrasse. Ein paar Angehörige der Armee haben das aber falsch verstanden und haben ihre Fahrzeuge auch weiterhin dort abgestellt, obwohl der Kiesplatz wieder frei gewesen wäre. Das haben wir jetzt mit den Kasernen angeschaut und die entsprechenden Fahrzeughalter werden diese Parkplätze nur noch in Ausnahmefällen nutzen, wenn der andere Platz besetzt ist.

13. Frage / Jonas Bischofberger (SP) – Leitlinien-Verlängerungen

Einige Leitlinien führen vom Bahnhof aus ins Stedtli und zur Poststrasse, enden dort jedoch relativ plötzlich. Ist diese Führung bzw. deren Ende ein bewusster Entscheid im Sinne der Inklusion oder könnten diese bis vor nützliche oder häufig besuchte Orte wie Läden, Informationstafeln etc. verlängert werden?

Stadträtin Marie-Theres Beeler führt aus, dass seit der Eröffnung des SBB-Baus schon zwei Begehungen stattgefunden haben. Auch gerade an frequentierten ÖV-Haltstellen sieht ihr immer die taktilen, weissen Linien als Sicherheitsfaktor, damit beispielsweise nicht von einer hohen Stufe gestürzt wird. Aber dort, wo es andere Orientierungspunkte gibt, auch für sehbehinderte Menschen oder sogar für Blinde, wird geschaut, wie auch diese genutzt werden können. Dazu zählen beispielsweise Trottoirränder oder die Rinne durch das Städtchen. Es wird immer

wieder mit den Institutionen, die sehbehinderte vertreten, angeschaut, wo es solche Hilfen benötigt. Aber dass es zu konkreten Läden Linien gibt, ist nicht vorgesehen.

9. Plastikverpackungen-Kreislauf – Plastikverpackungen-Kreislauf – Bericht Stadtrat zu Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion. (Nr. 2024-26)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Domenic Schneider (GLP) bedankt sich als Postulant zunächst herzlich beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung dieses Postulats. Man kann sich vorstellen, ich bin enttäuscht. Ich kann mich noch erinnern, als ich ein kleiner Junge war, hat man alles in einen Abfall geworfen: Altglas, Papier, Karton, Batterien sowie Öl und den Grünabfall hat man im Garten verbrennt. Jedes Mal, wenn man irgendetwas separat sammeln wollte, sind genau die gleichen Argumente gekommen, dass es ein Aufwand ist, dass es kostet, dass es den Abfall verteuert etc. Heute haben wir aber schon ziemlich viel, das wir trennen, ausser bei einem doch nicht unwichtigen Rohstoff, nämlich dem Kunststoff. Dass wir dort auf einem Weg sind, ist unbestritten. Wir haben auf europäischer Ebene die Packaging- und Packaging-Waste-Reduction-Verordnung, die definiert, wie viel rezykliert werden muss und aus wieviel Rezyklat eine Kunststoffverpackung in Zukunft bestehen muss. Das sind relativ hohe Zahlen. Dann haben wir auch auf nationaler Ebene eine Verpackungsverordnung, bei welcher erst jetzt gerade die Vernehmlassung abgeschlossen wurde. Wenn eine solche Vernehmlassung auf Bundesebene abgeschlossen ist, dann geht das aber immer noch eine gewisse Zeit, bis das Gesetz in Kraft tritt. Dort drin steht aber zum Beispiel schon ganz klar, dass die Sammel- und Recyclingquoten bis zu 70 % vorgeschrieben sind. Daran wird nicht mehr gross etwas geändert. Nun, warum bin ich enttäuscht? Wir haben eine Organisation auf der einen Seite und auf der anderen Seite haben wir im Bericht ein paar Aussagen basierend auf Studien von den Jahren 2020, 2022 und 2023, die heute mit dem schnellen Vorwärtsschreiten des ganzen Themas Kunststoffrecycling einfach schon nicht mehr stimmen. Das Ganze wird von der EMPA sehr eng verfolgt und begleitet. Es sind beispielsweise klar nachvollziehbare Stoffströme unterwegs. Das Ganze ist in mehreren Schweizer Städten erfolgreich im Einsatz. Gemäss EMPA kann mit dem aufgeführten System der CO₂-Ausstoss gegenüber der Verbrennung um 30 % reduziert werden. Das ist doch einiges. Ich finde es schade, dass wir hier nicht einfach sagen, wir machen es einmal. Es ist nicht eine allzu grosse Sache. Es könnte beispielsweise in unserem Recycling-Center in der Industriestrasse das Angebot geschaffen werden, dass dort der Plastik gesammelt werden kann. Es muss keine Sammlung von Haus zu Haus sein. Aber auf der Verwaltung könnten Säcke bereitgestellt werden, welche dann gefüllt und im Recycling-Center abgegeben werden könnten. Das Ganze muss auch kostendeckend und verursachergerecht sein. Das Argument, dass eine Kunststoffsammlung plötzlich die Relevanz des Kunststoffs verschwinden lässt, das stimmt eben auch nicht. Ich denke mir einfach, wir sollten nicht immer abwarten, bis dann vielleicht 2028 oder 2029 das Bundesgesetz kommt. Denn wenn es kommt, dann jammern wir darüber, dass jetzt das Bundesgesetz von uns Sachen fordert, ohne dass wir gefragt worden sind. Ich denke, wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, dass wir irgendwann einmal vorwärtsmachen und dass wir in Liestal nicht einfach beobachten, sondern vorangehen und selbst ein Teil der Lösung werden.

Michael Durrer (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass er bereits beim Überweisen des Postulats auf die Diskussionen im Rat und die Komplexität des Themas hingewiesen hat. Wenn man sieht, dass es bereits 2016 einen Vorstoss gegeben hat und anschliessend rasch gehandelt werden sollte, ist es ein bisschen frustrierend, dass auch im Bericht festgehalten wird, dass es nach wie vor keine gute Lösung gibt. Ich bin auch bereit, hier vorwärtszumachen. Das Thema ist aber sehr komplex und der ökologische Nutzen insgesamt ist teilweise nicht ganz so klar. Gerade vorgeschriebene Quoten können zur Auswirkung haben, dass wieder andere, voluminösere und schwerere Verpackungen verwendet werden. Dass es hier keine befriedigende Lösung gibt, das liegt meiner Meinung nach nicht an der Stadt Liestal. Ich bin froh, wurde zurückgegriffen auf Berichte und Erfahrungen anderer Gemeinden, insbesondere auf den Bericht von Freddy Dinkel, welcher ein ausgewiesener Fachmann in diesem

Bereich ist. Die Abklärung und der Bericht des Stadtrates sind gut und von daher ist unsere Fraktion für die Kenntnisnahme und Abschreibung.

Peter Küng (SP) versteht als SP-Fraktionssprecher die Enttäuschung von Domenic Schneider (GLP). Aber schon alleine die Diskussion, welche wir aufgrund des Postulats haben sowie der öffentliche Druck, der zu einem gewissen Grad damit erzeugt wurde, haben zur Folge, dass sich etwas bewegt und ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wird. Es wird auch Bewusstsein geschaffen. Eigentlich hätte erst im Jahr 2028 ein neues Bundesgesetz in dieser Sache kommen sollen. Jetzt hat sich der Bund selbst überholt und hat die Totalrevision dieser Verordnung über die Getränkeverpackung bereits gestartet, was eigentlich erst im Frühling 2026 erfolgen sollte. Ich möchte euch gerne noch etwas zur Kenntnis geben, das mich sehr beeindruckt hat. In der Schweiz ist im Jahr 2022 circa 1,5 Mio. Tonnen an Verpackungsmaterial verbraucht worden. Davon waren 800'000 Tonnen Papier und Karton, 380'000 Tonnen Glas und ca. 350'000 Tonnen Kunststoff. Weitere waren Alu, Weissblech und Getränkekartons, welche im Vergleich aber eher bescheiden sind. Einfach, dass man die ganzen Zahlen mal im Kopf hat. Wir von der SP unterstützen die beiden Anträge des Stadtrates. Wir können die ausführlichen Erklärungen nachvollziehen, sind aber auch der Meinung, dass ein Alleingang der Stadt Liestal im Moment keinen Sinn hat. Wir hoffen, dass der Druck, der auch durch diesen Vorstoss erzeugt wurde, nach Bern gelangt. Man ist jetzt dort viel schneller dran, als man das geplant hat. Es gibt auch neue Entwicklungen und es sind viele Firmen daran, vor allem Schweizer Start-Ups, das Rezyklieren von Kunststoffen anzugehen. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Die SP-Fraktion wäre natürlich froh, könnten wir schneller agieren, aber es scheint der richtige Weg zu sein und der Vorstoss hat die richtigen Auswirkungen. Wir sind für die Anträge des Stadtrates.

Simon Wiesner (SVP) teilt als SVP-Fraktionssprecher mit, dass der Weg der Vernunft und Nachhaltigkeit nicht über eine sofortige Einführung eines Gemischtplastik-Sammelsystems führt. Dazu haben wir insbesondere die nachfolgenden drei Argumente: 1) Wir wollen keine Scheinlösung, die viel kostet und der Umwelt trotzdem nichts bringt. 2) Solange keine Transparenz herrscht und die Verwaltung des Plastiks in einer Blackbox verschwindet, sehen wir keinen Nutzen, diese Dienstleistung aus der öffentlichen Hand anzubieten. 3) Ohne die gesetzliche Grundlage aus Bern macht es keinen Sinn, mit hohem Ressourcenaufwand eine nur halbpatzige Lösung jetzt sofort zu forcieren. Wir unterstützen den Stadtrat bei seinem umsichtigen und wirtschaftlich verantwortungsvollen Kurs und die SVP-Fraktion stimmt für die Kenntnisnahme und die Abschreibung.

Yvonne Ballmer (Mitte) hält als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass auch die FDP/Mitte-Fraktion die Beantwortung des Postulats und die Ausführungen des Stadtrates unterstützt. Wir denken auch, dass man zum jetzigen Zeitpunkt noch etwas abwarten muss.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Voten. Die Grundlagen sind die Verwendungspflicht und die Verwendungsmöglichkeit von Rezyklat aus Gemischtplastik. Man kann auch eine Rezyklatpflicht einführen. Aber einfach Gemischtplastik sammeln, um etwas Gutes zu tun, ohne zu wissen, was anschliessend mit dem Material geschieht, ist nicht der Weg. Es ist wichtig, dass man dort anfängt, wo schliesslich auch etwas gewonnen werden kann und nicht lediglich dort, wo man das Gefühl hat, man tut etwas Gutes, ohne die weiteren Konsequenzen zu kennen. Hier bitten wir um Verständnis, dass abgewartet werden muss. Zudem bitten wir, solche politische Aktivitäten auf die Bundesebene zu tragen, dass hier wirklich ganzheitlich etwas gemacht werden kann.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

://: Der Einwohnerrat nimmt die stadträtliche Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2024-26 einstimmig zur Kenntnis.

://: Mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wird das Postulat Nr. 2024-26 als erfüllt abgeschrieben.

10. Elterntaxis – Postulat «Elterntaxis belagern die Schulhäuser» von Benjamin Erni der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2025-54)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadträtin Pascale Meschberger erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat zu übernehmen.

Benjamin Erni (EVP) erklärt als Postulant, dass er sich zunächst beim Stadtrat und bei der Verwaltung für den Aufwand bedanken möchte, welcher im Bereich der Prävention betrieben wird. Ich bedanke mich auch für den Einsatz der Schulen, der Verkehrspolizisten sowie der Menschen, welche zu Beginn des Schuljahres in der Weste dort stehen und auf die Thematik aufmerksam machen. Zum Teil muss hier recht viel eingesteckt werden, da es einige nicht toll finden, wenn ihnen gesagt wird, dass sie hier nicht mitten auf der Kreuzung parkieren dürfen. Ich bedanke mich auch bei den Eltern, die ihre Kinder ohne Auto in die Schule begleiten oder die Kinder selbst laufen lassen und ab und zu sogar andere Eltern darauf aufmerksam machen, dass der Schulweg auch anders gestaltet werden könnte. Die ganze Prävention, die geleistet wird, reicht jedoch leider nicht. Alle, die das nicht vor Augen haben, lade ich ein, einmal am Morgen zu den Schulanfangszeiten oder am Mittag zu den Schulendzeiten vor so einer Schule zu stehen und sich ein Bild zu machen. Es gibt verschiedene Gründe, weswegen die Eltern die Kinder zur Schule fahren, beispielweise auch aus Sicherheitsgründen. Warum ist das Elterntaxi aber ein Problem? Im Gegensatz zur Wahrnehmung in Bezug auf die Sicherheit des eigenen Kindes, gefährdet es die Sicherheit der anderen Kinder. Dies zum Beispiel, weil falsch parkierte Autos die Sicht nehmen, weil sie irgendwo in einer Kreuzung sind oder vor einem Fussgängerstreifen, wo man dann das Auto, das entgegenkommt, nicht mehr sehen kann. Viele Autos müssen zudem hin und her rangieren, da es keinen Platz hat. Auch hier gibt es wieder sicherheitsrelevante Situationen. Es gibt einen Mehrverkehr, der sich wieder negativ auswirkt. Neben der Sicherheit könnten aber auch noch andere Punkte erwähnt werden, zum Beispiel das Klima. Es gibt viele Autos, manchmal wird im laufenden Auto gewartet und das verpestet die Luft und gibt zudem noch Staubbildung. Erwähnenswert finde ich aber auch, dass eigentlich die Schulwegbewältigung ein bisschen mehr ist als nur der Weg zur Schule. Es umfasst zum Beispiel ein Zusammensein oder ein Laufen mit den Schulfreunden, es werden Erfahrungen gemacht in der Orientierung allein und die Kinder sind stolz, wenn sie es schaffen, den Schulweg alleine zu machen, womit ihr Selbstwert auch gesteigert werden kann. Es braucht Lösungen und Antworten auf das Problem, denn ich glaube, man bringt es nicht mehr weg. Das Thema beschäftigt nicht nur Liestal, auch andere Gemeinden befassen sich schon länger mit dem Thema. Es gibt unterschiedliche Lösungen und wünschenswert ist, dass auch die Stadt Liestal Antworten auf die Elterntaxiproblematik hat. Ich freue mich, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen will und ich hoffe, dass auch wir vom Rat das Postulat überweisen können.

Eva Eugster (FDP) stimmt als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion zu, dass Elterntaxis etwas Unnötiges sind. Es wird sehr tolle Präventionsarbeit von der Stadt Liestal und den Primarschulen geleistet. Aber die bringt leider nicht sonderlich viel. Jeweils zu Beginn des Schuljahres ist ein Peak an Elterntaxis zu verzeichnen, insbesondere beim Frenken-Schulhaus. Ausser der Prävention kann man jedoch wenig machen. Ein Fahrverbot an diesen betroffenen Stellen halten ich und die FDP/Mitte-Fraktion für die falsche Lösung. Das Problem würde sich dann nur auf die weiter entfernten Quartiere ausweiten. Die FahrerInnen dieser Elterntaxis sind nämlich sehr clever und warten dann einfach 2 Strassen weiter. Ich könnte euch gerade jetzt schon mindestens 1-2 solche von Elterntaxis täglich genutzten Stellen nennen, die es auf meinem Arbeitsweg vom Frenken-Schulhaus zur Leisenbergstrasse gibt. Kurzum, ein Verbot ist einfach kontraproduktiv in meinen Augen. Wie steht es zudem mit den Lehrpersonen, die darauf angewiesen sind, mit dem Auto in die Schule zu kommen? Müssten sie sich dann auch an das Fahrverbot halten? Es gibt tatsächlich noch Arbeitskolleginnen, die darauf angewiesen

sind, mit dem Auto in die Schule zu kommen, um zu arbeiten. Dies, weil sie beispielsweise alleinerziehend sind, ihre Kinder in der Kita abholen müssen und nicht in Liestal wohnen. Sie sind dafür verantwortlich, dass sie möglichst schnell zu Hause sind und dann geht es einfach zu lange mit dem ÖV. Zusammengefasst, die FDP/Mitte-Fraktion ist nicht für eine Überweisung.

Lukas Flüeler (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass der zunehmende Verkehr durch Elterntaxis vor den Schulhäusern nicht nur ein Sicherheitsproblem ist, sondern auch eine Entwicklung, die dem Ziel einer nachhaltigen und kinderfreundlichen Stadt widerspricht. Die Situation verschärft sich Jahr für Jahr und die bisherigen Massnahmen greifen einfach zu kurz. Kinder brauchen sichere Wege, um Selbstvertrauen und Orientierung im Strassenverkehr zu entwickeln. Zudem ist der Schulweg nachgewiesenermassen für die Kinder ein wichtiger Ort, um soziale Kontakte untereinander zu pflegen. Wenn Eltern ihre Kinder mit dem Auto bringen, entsteht ein Teufelskreis. Der Verkehr nimmt zu, die Gefahr steigt und immer mehr Eltern fühlen sich inspiriert oder gar gezwungen, ihre Kinder ebenfalls zu fahren. Jede Autofahrt, die vermeidbar ist, stellt eine Gefahr dar, beraubt Kindern sozialen Kontakt, belastet zudem das Klima, die Luftqualität und den Lebensraum der Anwohnerinnen und Anwohner. Gerade in den Morgenstunden, wenn dutzende Fahrzeuge gleichzeitig vor den Schulen ein- und ausfahren, entstehen nötige Abgas- und Lärmemissionen mitten im Wohnquartier. Damit leiden auch die Aufenthaltsqualität in den Wohnstrassen, wo Kinder eigentlich normalerweise spielen könnten, Menschen zu Fuss unterwegs sind und Nachbarschaft gelebt wird. Der öffentliche Raum gehört allen, insbesondere den Schwächeren im Verkehr. Wenn Autos Gehwege und Zugänge zur Schule blockieren, wird den Kindern der Raum gestohlen. Wir übernehmen eigentlich auch eine Vorbildfunktion, insbesondere im Umgang mit Mobilität und Umwelt. Wenn Kinder erleben, dass der Schulweg selbstverständlich zu Fuss oder vielleicht einmal mit dem Velo bewältigt wird, prägt das auch ihr Verhalten langfristig. Die bisherigen Präventionskampagnen, so gut sie auch gemeint sind, zeigen, Bewusstsein schaffen allein reicht nicht mehr. Nur durch verbindliche Massnahmen mit klaren Kontrollen und Sanktionen lassen sich wohl zukünftig nachhaltige Veränderungen erzielen. Beispiele aus anderen Gemeinden haben gezeigt, dass konsequente Regelungen zu einem deutlichen Rückgang des Verkehrsaufkommens führen, ohne nennenswerte Nachteile für Eltern und Schulen. Auch Regelungen für Lehrpersonen kann man sicherlich treffen und finden. Es gibt ja Parkkarten, Zufahrtsberechtigungen und Ausnahmen könnte man vielleicht regeln, insbesondere auch für Behinderte. Clevere Lösungen sind vielleicht sogar über Klapp, einer weitverbreiteten App, mach- und vorstellbar. Das Postulat ist deshalb wohl ein notwendiger und leider wohl nächster konsequenter Schritt in Richtung einer sicheren, gesunden und kindergerechten Stadt. Es geht nicht um Einschränkungen, sondern um Verantwortung gegenüber unseren Kindern, unserer Umwelt und um das Zusammenleben in den Quartieren. Die Stadt Liestal kann diese Chance jetzt nutzen, um ein deutliches Zeichen für Sicherheit, Nachhaltigkeit und den Schutz unserer Kinder zu setzen. Deshalb sind wir für die Überweisung dieses aus unserer Sicht sehr wichtigen Postulats.

Denise Meyer (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecherin, dass schon sehr viel gesagt worden ist, sie aber dennoch auch einige Gedanken loswerden möchte. Mich nervt es ebenfalls, wenn um die Schulhäuser immer so viele Autos stehen. Insbesondere diejenigen, welche den Motor nicht abschalten, damit die Klimaanlage oder die Heizung läuft, nerven mich. Es gibt aber immer wieder Situationen, in welchen die Kinder von der Schule abgeholt werden müssen. Mit einem Parkverbot werden auch diese gestraft. Wie bereits erwähnt wurde, wird das Problem einfach verlegt, wenn die Eltern nicht bis zum Schulhaus fahren können und deswegen einfach ein bisschen weiter weg warten. Was mir einfach noch auffällt, ist, dass es möglicherweise auch ein kulturelles Problem ist. In vielen Ländern ist es nämlich verboten, die Kinder zu Fuss gehen zu lassen. Mir hat einmal eine Mutter gesagt, dass sie ihr Kind nie zu Fuss gehen lassen würde, bei all diesen Leuten, die hier unterwegs sind. Dann kommt noch dazu, dass einige Kinder nicht mehr in diesem Quartier in die Schule gehen, wo sie wohnen oder von jemandem abgeholt werden, der nicht in diesem Quartier wohnt. Ich hoffe, dass der Stadtrat für alle Eltern und Kinder eine gerechte Lösung finden wird. Die SVP-Fraktion ist für die Überweisung.

Florian Abt (SP) sagt als SP-Fraktionssprecher, dass Elterntaxis ein Phänomen der heutigen Zeit sind. Sie zeigen einerseits die berechtigte Sorge von Eltern um ihre Kinder, andererseits bringen sie aber eine gewisse Überbehütung. Aus Angst vor dem Verkehr bringen Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule und tragen damit paradoxerweise genau zu dem hohen Verkehrsaufkommen bei. Der Schulweg ist aus pädagogischer Sicht viel mehr als nur ein Weg von A nach B. Er zeigt wertvolle Lern- und Entwicklungsräume, denn das Kind kann sich in Selbstständigkeit, Orientierung und Zeitmanagement üben. Auf einem gemeinsamen Schulweg entstehen zudem Freundschaften und soziale Erfahrungen. Die tägliche Bewegung bringt einen wichtigen Ausgleich zu der sitzenden Tätigkeit des Schulalltags. Das Kind nimmt die Umgebung ganz bewusst wahr, sei es das Wetter, die Jahreszeit oder eine Veränderung im Quartier und es lehrt, Regeln einzuhalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Von besonderer Bedeutung ist für uns die klare Trennung zwischen Zuhause und Schule. Der Weg gibt dem Kind die Möglichkeit, sich innerlich auf den Unterricht vorzubereiten. Auf dem Nachhauseweg erhält das Kind die Möglichkeit, das Erlebte zu verarbeiten. Aus all diesen Gründen sind Elterntaxis kritisch zu sehen. Natürlich gibt es auch Ausnahmen bei langen Distanzen oder bei körperlichen Einschränkungen. Für diesen Fall braucht es geregelte und sichere Ausstiegsplätze. Gleichzeitig wäre es wichtig, dass der pädagogische Wert des Schulwegs den Eltern noch stärker bewusst gemacht wird, auch wenn dort schon sehr viel Präventionsarbeit geleistet wurde, denn jeder eigenständig bewältigte Schulweg gibt einem Kind ein Stück Selbstvertrauen und Entwicklung. Wir sind für die Überweisung des Postulats in der Hoffnung auf ausgewogene Massnahmen, die weder ein totales Verbot noch eine komplette „Laissez faire“-Haltung beinhalten, sondern bei denen die Sicherheit und die Selbstständigkeit der Kinder im Mittelpunkt stehen.

Eva Eugster (FDP) führt als Einzelsprecherin aus, dass es sehr ernst zu nehmen ist, dass die Elterntaxis nachher einfach in einem anderen Quartier oder 3 Strassen weiter sind, wenn es ein Verbot gibt. Das passiert ja schon jetzt. Und all die Gründe, die jetzt mehrfach aufgezählt worden sind, weshalb Elterntaxis nicht gut ist, das wissen wir alle auch. Wir sind nicht für Elterntaxis. Es braucht es nicht, dass wir die Belehrung jetzt noch einmal hören. Aber wir möchten nicht, dass sich das Problem nachher ausweitet. Dies geschieht jedoch bereits jetzt.

Benjamin Erni (EVP) ist als Postulant der Meinung, dass verschiedene Möglichkeiten wie Drive-In-Lösungen, Halteplätze oder zeitlich begrenzte Halteverbote beschrieben sind, die der Stadtrat prüfen kann. Es kann sein, dass sich dies ausbreitet. Möglicherweise ist ein solcher Halteplatz plötzlich vor dem eigenen Haus und dann muss man das Kind auch nicht mehr fahren. Man kann das Kind begleiten, wenn man das Gefühl hat, es ist gefährdet. Man kann zu Fuss mit dem Kind zur Schule gehen, dann hat man vielleicht sogar noch ein bisschen Qualitätszeit mit dem Kind oder lernt andere Eltern kennen, die dort unterwegs sind. Ich würde es schade finden, nur aufgrund des Fahrverbots das Postulat abzulehnen, ohne der Stadt die Chance zu lassen, die möglichen anderen Varianten zu prüfen.

Verena Wunderlin (GLP) möchte mitgeben, dass die Schulleitung bei den Schuleinteilungen wirklich darauf schaut, dass die Kinder einen möglichst kurzen und sicheren Weg haben. Ich weiss, es ist nicht immer einfach. Ich habe vor Jahren auch Kindergarten-Einteilungen gemacht und wir haben wirklich geschaut, dass nach Möglichkeit die Schulwegsicherheit vorhanden ist. Es gibt aber Ausnahmefälle, bei denen Kinder einen längeren Weg haben, der nicht so einfach zu meistern ist.

Anita Baumgartner (GL) möchte niemanden im Rat belehren, Benjamin Erni (EVP) aber dennoch ein bisschen Rückenstärkung geben. Ich sehe das schon auch nicht ganz so, dass ein zwingendes Halteverbot dazu führen würde, dass die Eltern einfach weiter weg parkieren. Es gibt durchaus Eltern, die dann das Auto möglicherweise stehen lassen würden. Ich bin der Meinung, diese Chance müsste man zumindest gedanklich mitnehmen, dass man das in einem Bericht des Stadtrates aufarbeiten könnte. Auch könnte von den Erfahrungen in anderen

Gemeinden profitiert werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn das Postulat überwiesen werden würde.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich für alle Voten, die eigentlich sehr gut abbilden, was der Bereich Sicherheit und Soziales denkt. Ich muss es nicht wiederholen, Benjamin Erni (EVP) hat es sehr gut dargelegt, warum wir grundsätzlich gegen Elterntaxis sind. Natürlich gibt es immer Ausnahmen, die ein solches Elterntaxi berechtigen. Ich weiss von 2 Unfällen, die glücklicherweise nicht schwer verlaufen sind, welche die Problematik jedoch etwas darstellen. Die Leute sagen, sie wollen ihre Kinder in Sicherheit wissen und bringen sie deshalb mit dem Auto. Ein Unfall war genau so: Die Mutter stellt ihr Auto verbotenerweise auf das gegenüberliegende Trottoir, ruft ihrem Kind durch die offene Scheibe und das Kind im Primarschulalter rennt einfach über die Strasse, ohne nach links und rechts zu schauen und ist entsprechend angefahren worden. Die Eltern gefährden ihre Kinder also je nachdem sogar selbst. Beim anderen Unfall hat eine Mutter ebenfalls das Auto an einer verbotenen Stelle angehalten, sodass man keine Übersicht mehr hatte, weswegen es dann zu einem Unfall gekommen ist. Damit möchte ich sagen, dass es wahrscheinlich wirklich nicht ganz eine einfache Situation ist. Wir übernehmen das jedoch sehr gerne, denn das ist auch unsere Pflicht, da es ein Sicherheitsproblem ist. Wir überlegen sowieso bereits jetzt, was wir verbessern können. Ich sehe aber durchaus den Punkt der FDP, was für mich aber kein Grund ist, die Sache nicht zu prüfen. Wir sind nicht ganz so optimistisch, dass wir die perfekte Lösung finden, die für alle stimmt. Dies unter anderem, weil sich nicht immer alle an die Regeln halten, wenn nicht kontrolliert wird. Zudem wollen wir den Ausweichverkehr natürlich auch nicht fördern. Das müssen wir alles noch gut prüfen. Vielleicht finden wir eine Lösung, welche die Problematik verbessert. Das hoffe ich natürlich sehr und das ist auch erforderlich. Aber ich glaube die Lösung wird nicht für alle ganz befriedigend sein. Es ist, glaube ich, wieder einmal mehr so ein Thema, bei dem wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich nicht alle an die Regeln halten.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2025-53 an den Stadtrat überwiesen.

11. Raumbedarf und flexible Arbeitsplätze – Postulat «Reduktion des Raumbedarfs durch flexible Arbeitsplätze» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion (Nr. 2025-55)

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert sich, dass der Stadtrat dies nicht entgegennehmen möchte. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gute Arbeitsbedingungen haben. Dies benötigt jedoch mehrere Massnahmen. Zudem gibt es auch nicht einfach die Möglichkeit, den Raumbedarf zu verkleinern, wir haben ja nicht Arbeitsplätze wie in den USA von 7m². Deshalb ist das auch nicht so einfach möglich. Zudem haben wir ganz unterschiedliche Mitarbeiter. Wir haben Leute vom Tiefbau, wir haben Leute, die direkten Kontakt haben mit der Kundschaft wie zum Beispiel die Sozialhilfeberatung, der Einwohnerdienst oder zum Teil Leute der Abteilung Steuern. Dort ist Homeoffice kaum oder gar nicht möglich. Das Personalrecht erlaubt Homeoffice, das haben wir einmal eingeführt. Dort wird schon jetzt festgelegt, wie man im Rahmen der Möglichkeiten Homeoffice machen kann, das schöpfen wir eigentlich schon aus. Das grösste Problem ist eigentlich die Infrastruktur. Der Ort, an dem die meisten arbeiten ist das Rathaus. Hier haben wir bereits optimiert, was ihr vermutlich gesehen habt. Der Publikumsverkehr ist nun im Erdgeschoss. Zudem ist es beim Rathaus einerseits aufgrund des Denkmalschutzes schwierig, dort noch etwas zu optimieren und beispielsweise Grossraumbüros, Flexdesks oder irgendetwas anderes hineinzumachen. Auf der anderen Seite ist das Rathaus auch falsch konzipiert, beispielsweise im neuen Teil mit dem Lichthof. Dort haben wir auch wieder zu wenig Platz, um solche Modelle gut einzuführen. Wir haben das übrigens auch geprüft, als wir hier umgebaut haben. Wir wissen, wir mussten einige Arbeitsplätze verlegen. Aber was ich bereits mitteilen kann, ist, dass wir hier eine Lösung gefunden haben, dass die Schulleitung neu im Schulhaus Frenkenbündten in das Abwärtshaus gehen soll. Dies wird euch zur Genehmigung vorgelegt und ist im Budget, welches am Freitag publiziert wird, enthalten. Wir werden auch die Cafeteria-Situation im Rathaus anpassen. Unsere IT-Infrastruktur lässt zudem Remote-Arbeit zu. Entsprechend passen wir uns laufend an, halten das auch im Auge und machen uns Gedanken, wo wir noch besser werden können. Ich hoffe, mit diesen Ausführungen habe ich jetzt erklären können, warum wir es nicht nötig finden, das Postulat zu übernehmen.

Anita Baumgartner (GL) möchte als Postulantin kurz erläutern, wie es zu diesem Vorstoss gekommen ist. Wir haben im Rahmen der Budgetberatung letztes Jahr lesen können, dass die Verwaltung der Stadt räumlich an ihre Grenzen stösst und deshalb über das Raumkonzept nachdenkt respektive ein solches erarbeitet werden soll. In diesem Zusammenhang haben wir dort wissen wollen, wie das organisatorisch aktuell aussieht, wie die Homeoffice-Möglichkeiten sind und welche Share-Desk-Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Antwort ist für unseren Geschmack, möglicherweise auch aufgrund der Kurzfristigkeit, etwas knapp ausgefallen. Deshalb haben wir uns überlegt, einen Vorstoss zu machen. Wir sind der Meinung, dass es eine Rolle spielt, wo die Stadtverwaltung ihre Arbeit erledigt. Wie wir es vorhin gehört haben gibt es Bereiche, die Publikumsverkehr haben. Dort ist es durchaus relevant, ob die an einem zentralen Ort sind wie im Rathaus. Inzwischen haben wir auch vernommen, dass zum Beispiel die Berufsbeistände im Moment im Tenum draussen sind. Hier stellt sich vielleicht die Frage, ob diese nicht auch zentraler erreichbar sein müssten. Wo die Stadtverwaltung erreichbar ist, ist für die Bevölkerung durchaus wichtig. Dazu kommt, dass wir uns alle eine möglichst effiziente Verwaltung wünschen. Effizienz beschreibt in dem Sinne das Verhältnis der eingesetzten Mittel zum erreichten Nutzen. Diesbezüglich stellt sich für uns die Frage, ist es effizient, dass wir als Stadt Räume für Arbeitsplätze anmieten, wenn die Leute, die dort arbeiten, vielleicht an einem anderen Ort möglicherweise mehr Nutzen bringen würde. Oder generell gesprochen: Ist es effizient, wenn alle Verwaltungsangestellten ihre volle Arbeitszeit vor Ort in einem Büro verbringen, wenn sie ihre Arbeit genauso gut auch von zu Hause aus erledigen könnten? Wir haben vorhin gehört, dass Homeoffice ausgeschöpft wird. Meine Feststellung ist einfach, wenn

ich die Jobinserate anschau, welche die Stadt publiziert, dass ich dort eigentlich nie einen Hinweis auf die Möglichkeit von Homeoffice lese. Dies finde ich sehr bedauerlich, denn man weiss eigentlich, dass es sehr viele Arbeitskräfte gibt in Verwaltungstätigkeiten, die das als Plus sehen, wenn ihr Arbeitgeber Homeoffice anbietet. In dem Sinne wäre es bestimmt auch im Kampf um Talente ein Plus, wenn die Stadt Liestal etwas offensiver mit dem umgehen würde, wenn sie es ja schon macht. Bis jetzt bin ich davon ausgegangen, dass es eher nicht so beliebt oder nicht so gefördert wird. Aber vielleicht lasse ich mich noch eines Besseren belehren. Wir würden den Stadtrat gerne dazu einladen und um Unterstützung bitten, doch den aktuellen Stand aufzuzeigen, inwiefern flexible Arbeitsmodelle in der Stadtverwaltung bereits möglich sind, wo die Stadt hier noch moderner werden könnte, wie flexible Arbeitsmodelle noch weiter gefördert werden könnten und wo möglicherweise finanzielle Einsparungen erzielbar sind, indem man eben auf Anmietungen von Aussenstandorten verzichten kann. Es ist mir klar, dass es hier nicht um die Werkhofmitarbeitenden geht und auch nicht um diejenigen, welche an der Einwohnerkontrolle am Schalter arbeiten.

Jonas Bischofberger (SP) bittet als SP-Fraktionssprecher den Rat, das Postulat zu überweisen. Homeoffice ist in vielen Berufen heute nicht mehr wegzudenken. Es erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist in Zeiten des Fachkräftemangels auch ein wichtiges Argument für die Gewinnung von neuen Mitarbeitenden, was ja auch schon gesagt worden ist. Nicht zuletzt ermöglicht Homeoffice aber auch die Reduktion des Raumbedarfs für die Arbeitgeber und kann somit zu Einsparungen führen. Die Verwaltung hat in der letzten Zeit immer mehr Mühe, den Raumbedarf zu decken. Es wird auch immer schwieriger, gutes Personal zu finden. Deshalb fänden wir es weiterhin wichtig, dass der Stadtrat den vermehrten Einsatz des Homeoffices noch einmal im Detail prüfen würde.

Verena Wunderlin (GLP) erklärt als GLP/EVP-Fraktionssprecherin, dass die GLP/EVP-Fraktion eigentlich nicht viel darüber weiss, für welche Abteilungen wie viele Leute und wieviel Raum benötigt werden. Dieses Jahr haben im Rathaus diverse Umbauten und Bürozusammenlegungen stattgefunden. Eigentlich ist das auf der operativen Ebene zu regeln. Gemäss Postulat soll aber laut Jahresplanung 2025 mit externen Partnern der zeitgemässe Raumbedarf für die Verwaltung analysiert werden. Die Fragen im Postulat sind spannend und wir sind für ein Prüfen und Berichten. In dem Sinne sind wir einstimmig für das Überweisen des Postulats.

Lorenz Holinger (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass das Postulat selbst eigentlich schon die Antwort auf das Anliegen gibt. Es ist bereits erkannt, dass die Räumlichkeiten im Rathaus nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten entsprechen und dazu passen, wie es der Stadtpräsident vorhin schon ausgeführt hat. Zu erwähnen ist das Homeoffice. Wir wussten eigentlich alle, dass dies möglich ist, und der Stadtpräsident hat dies vorhin auch nochmals bestätigt. Das Postulat ist in unseren Augen grossmehrheitlich bereits beantwortet. Entsprechend würden wir gerne die Verwaltung einfach einmal machen lassen und nicht noch mit dem Postulat beüben, das auch wieder irgendwo auf einem Schreibtisch ein unnötiges Plätzchen benötigt. Es ist eigentlich interessant, dass hier auf der linken Ratsseite Überlegungen darüber angestellt werden, wo es finanzielle Einsparungen geben könnte im Zusammenhang mit den Räumlichkeiten der Verwaltung. Aber dort, wo es wirklich einen grossen Hebel hätte, um etwas zu sparen, nämlich bei der Schaffung von neuen Stellen und Stellenprozenten, wie wir es anlässlich der letzten Budgetdebatte gehabt haben, dort war man natürlich nicht gewillt, etwas zu machen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen die Überweisung.

Yvonne Ballmer (Mitte) führt als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass sie der FDP/Mitte-Fraktion dies ähnlich sehen wie die SVP-Fraktion. Wir schliessen aus der Beantwortung, dass das, was möglich ist, mehrheitlich bereits genutzt wird. Entsprechend sind wir nicht für die Überweisung des Postulats.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erhält erneut das Wort. Damals, als ich in der Beratung war, haben wir solche Untersuchungen gemacht. Es ist ja kein neues Thema. Bereits vor über 15 Jahren wurden Themen wie Share-Desk etc. diskutiert. Man benötigt einfach einen hohen Personalbestand, um überhaupt einen Arbeitsplatz freispielen zu können mit Homeoffice. Wenn ihr auf den Stellenplan schaut, könnt ihr sehen, wie wenige Stellen das effektiv sind, um das zu schaffen. Wir sind der Meinung, dass dies suggeriert, dass wir hier viel Geld schaffen können. Zum Schluss ist es jedoch effektiv so, dass wir mehr Leute haben, welche im Rathaus auf der gleichen Fläche hätten sein müssen. Wir haben einfach suboptimale Raumschnitte. In den 90er Jahren war der Lichthof mit dem Kunstwerk eine tolle Sache. Dort verlieren wir jedoch viel Fläche. Wir können auch die Bürotüren nicht einfach offenlassen, da oft Lärm im Gang ist. Ein Punkt, den man nicht vergessen darf, ist auch, dass je nach Unterlagen, mit welchen man arbeitet, es eine gewisse Vertraulichkeit benötigt. Auch das nach Hause nehmen von Handakten ist nicht unproblematisch. Es sind also zahlreiche Themen, die zu bedenken sind. Diejenigen, welche zu Hause arbeiten können, haben die Möglichkeit dazu. Es gibt zudem eine interessante Studie über den Arbeitsplatz. Während Corona haben es alle toll gefunden, von zu Hause aus arbeiten zu können. Mittlerweile schätzen es jedoch etwa 2/3 der Mitarbeitenden, wieder ins Büro zu gehen wegen des sozialen Kontakts, sie wollen eigentlich gar nicht die ganze Zeit zu Hause sitzen. Es ist auch extrem schwierig für die Führung, wenn alle Leute weg sind. Natürlich müssen wir mit den Kosten haushälterisch umgehen. Zum Schluss versuchen wir es aber zu optimieren und das Beste herauszuholen. Wenn wir das alles auch noch umbauen müssten, dann müssten wir noch mit einem teuren Baukredit kommen. Das wollten wir auch nicht. Den Standort Tenum, welcher gut erschlossen ist, haben wir übrigens bewusst ausgewählt. Es müssen auch Räumlichkeiten gefunden werden, welche Platz für ein Büro haben und welche gewissen Bedürfnissen und Anforderungen entsprechen. Deshalb haben wir versucht, die spannenden Fragen gleich hier zu beantworten, um auch aufzuzeigen, dass wir uns darum kümmern. Zum Input von Anita Baumgartner (GL) betreffend das Erwähnen der Homeofficemöglichkeiten in den Stelleninseraten: Dieser muss gezielt gemacht werden und wir nehmen es gerne auf und schauen, wo es denn tatsächlich noch fehlt. Zum Schluss handelt es sich um einen ganzen Strauss an Massnahmen, den man sich ansehen muss, um effizient in einer Verwaltung arbeiten zu können. Für mich ist eigentlich das Wichtigste, dass die Leute gute Arbeitsplätze haben. Wenn die Mitarbeitenden ein Open-Space-Büro erhalten, kann festgestellt werden, dass sie dennoch immer am gleichen Platz sitzen. Wenn plötzlich jemand anders dort sitzt, gibt es teilweise sogar Streit. Wir haben zudem beim Zügeln gesehen, dass dies behutsam erfolgen muss. Es handelt sich auch um eine emotionale Angelegenheit, wo man sitzt. Wenn jemandem dann einfach der Platz weggenommen wird, dann benötigt es sehr viel Fingerspitzengefühl. Es sind ganz viele Massnahmen, die hier nötig sind, um so etwas zu machen. Ihr könnt es ja auch überweisen und gleich wieder abschreiben, aber ich hoffe, dass ich in das Ganze einen Einblick geben konnte. Was ich aber sagen kann, ist, dass wir hier nicht einfach Büroräume schaffen. Wir benötigen ja auch noch Sitzungszimmer und auch hier sind die Räumlichkeiten immer wieder knapp. Das ist ein Thema, das vom Stadtrat sehr eng begleitet wird, denn das Personal ist wichtig, um die Stadt am Laufen zu halten.

Ratspräsident Philipp Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 16 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen bzw. mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird das Postulat Nr. 2025-55 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Philipp Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Da keine neuen Vorstösse eingereicht wurden, kann er heute auf diese Umfrage verzichten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20:06 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Philipp Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann